

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.— M.
postans zahlbar. Unter Restzahlung für
Deutschland, Dänzig, Saar- und
Memelgebiet, sowie Österreich und
Luxemburg 24.— M. für das übrige
Ausland 28.— M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Litauen, Luxemburg, Oester-
reich, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Nonparillgröße
Zeil 40.— M. Restzahlung 180.— M.
„Kleine Anzeigen“ das Setzgebundene
Wort 12.— M. (zweifach zwei Setz-
gebundene Worte), jedes weitere Wort
10.— M. Streifenlänge und Schlei-
ßenanzeigen das erste Wort 7.— M.
jedes weitere Wort 5.— M. Worte
über 13 Buchstaben zahlen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten Seite 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Beilagen
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dänhoff 292-295
und 2506-2507

Freitag, den 1. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-
Abteilung: Dänhoff 2506-2507

Kompromißlösung in Paris.

Ein Moratorium-Ersatz.

Paris, 31. August. (G.) Die Reparations-
kommission einigte sich in der heutigen Nachmittags-
sitzung, nachdem sie das deutsche Stundungsge-
such mit zwei gegen zwei Stimmen sowie den Antrag Bradbury auf
Bewilligung des Moratoriums und Einführung einer strengen
Finanzkontrolle mit drei gegen eine Stimme abgelehnt hatte,
einstimmig auf den belgischen Kompromiß-
antrag, wonach die nächsten deutschen Zahlungster-
mine bis Ende des Jahres 1922 durch Sach-
Wechsel gedeckt werden sollen. Die Sitzung war um
7.15 Uhr beendet.

Der Wortlaut der Entscheidung.

Die Reparationskommission übersandte der Kriegslasten-
kommission heute abend mit folgender Note die von ihr in
der Reparationsfrage getroffene Entscheidung:

Die Reparationskommission beehet sich, anlegend der Deutschen
Regierung ihre Entscheidung Nr. 2119 als Erwiderung des Schreibens
zu übersenden, welches der Reichskanzler an sie am 12. Juli
gerichtet hatte.

Da die Reparationskommission die von der Deutschen Regierung
beantragte Stundung nicht bewilligen zu sollen geglaubt
hat, hat sie es nicht für angezeigt erachtet, sich im Augenblick über
die von der Deutschen Regierung in Betracht gezogene Vorschläge
zu äußern, welche die genaue Ausführung der von der Repara-
tionskommission vorgeschriebenen Kohlen- und Holzliefe-
rungen sichern sollen. Die Reparationskommission behält sich
aber das Recht vor, die Inkraftsetzung ähnlicher Abmachun-
gen wie die von der Deutschen Regierung vorgeschlagenen zu for-
dern, wenn in Zukunft die Kohlen- und Holzlieferungen nicht in
zufriedenstellender Weise ausgeführt worden sind.

Die Entscheidung selbst lautet:

Die Reparationskommission, welche über das neue Stundungs-
gesuch vom 12. Juli 1922 Beschluß zu fassen hatte, entscheidet in
der Erwägung, daß das Reich sowohl jeden inneren wie äußeren
Kredit verloren hat, und daß die Mark sich fortgesetzt bis auf drei-
tausendstel ihres Wertes entwertet hat, wie folgt:

1. Sie verschiebt die Beisetzungsfrage über das
eingereichte Gesuch des Reichs bis zum Zeitpunkt, wo sie den Ent-
wurf einer durchgreifenden Reform der öffentlichen
Finanzen Deutschlands festgelegt hat. Diese soll mit sich
bringen:

- a) das Gleichgewicht des Budgets;
- b) falls die in der Reparationskommission vertretenen Regie-
rungen ihre vorherige Zustimmung geben, die etwaige Er-
mäßigung der äußeren Lasten Deutschlands in dem
Maße, das zur Wiederherstellung seines Kredits für notwendig er-
achtet werden sollte;
- c) die Währungsreform;
- d) die Ausgabe äußerer und innerer Anleihen
zwecks Befestigung der Finanzlage.

2. Um für die Vorbereitung und die Ausführung der in Ziffer 1
in Aussicht genommenen Maßnahmen die notwendige Zeit zu ge-
währen, wird die Reparationskommission als Bezahlung der am
15. August und 15. September 1922 fällig werdenden Barzahlungen
und, sofern nicht in der Zwischenzeit andere Abmachungen getroffen
sein sollten, der folgenden zwischen dem 15. Oktober und dem 15. De-
zember 1922 fällig werdenden Barzahlungen deutsche Sachgaben
annehmen, welche binnen 6 Monaten in Gold zahlbar
und mit Garantien ausgestattet sein sollen, hinsichtlich
deren die Deutsche Regierung und die Belgische Regierung,
welcher diese Zahlungen zugewiesen sind, sich ins Einvernehmen zu
setzen haben, oder mangels eines entsprechenden Einvernehmens
durch ein Golddepot in einer ausländischen Belgien
genehmen Bank sichergestellt werden sollen.

Die Reparationskommission, die infolge des französischen
Widerstandes nicht in der Lage war, Deutschland auf Grund
der von dem Garantienkomitee für ausreichend befundenen
Sicherungen ein Moratorium zu gewähren, hat sich im wesent-
lichen auf den belgischen Kompromißvorschlag geeinigt.
Deutschland wird also für den Rest des Jahres Zahlungen in
Gold nicht mehr zu leisten haben, aber es wird dafür Schuld-
scheine ausgeben müssen, die nach einem halben Jahre ein-
lösbar sind. Da Belgien das Vorrecht auf die nächsten Re-
parationsleistungen hat, sind die Schuldcheine bei der bel-
gischen Regierung zu hinterlegen. Wenn es in der
Entscheidung der Reparationskommission heißt, über die Mo-
dalkräfte, unter denen diese Umwandlung der laufenden
Schuld in eine schwebende zu vollziehen sei, habe sich die
deutsche Regierung direkt mit der belgischen auseinande-
zusetzen, so ist darin ein nicht zu unterschätzender Fortschritt
zu erblicken. Wir stehen zum erstenmal der Entente nicht als
Gesamtheit gegenüber, sondern einem einzelnen Staat,

mit dem sich zu verständigen wesentlich leichter ist als mit
einem Staatentumplex und seinen widerstrebenden Interessen.

Damit ist allerdings die Frage eines endgültigen
Moratoriums noch keineswegs gelöst. Es muß im
Auge behalten werden, daß das Moratorium nicht gewährt
worden ist, daß es sich nur um eine veränderte Form der
Zahlungen handelt. Man stellt an uns die Anforderung,
Schuldverschreibungen auszustellen, für die Deckung, wenn
der von der von der Reparationskommission in Aussicht ge-
stellte Umschwung nicht eintritt, in sechs Monaten eben-
so wenig vorhanden sein wird wie heute. Man setzt also
beim deutschen Volk eine starke Hoffnung auf einen
Umschwung der Lage voraus. Ein solcher kann aber nur
eintreten, wenn in der Zwischenzeit jene Konferenz
zustande kommt, an der die Vereinigten Staaten und
Deutschland in gleichem Maße aktiv und gleichberechtigt teil-
nehmen und deren Thema der interalliierte Schuldenaus-
gleich sowie die Herabsetzung der Reparationslasten sein
müßte. Was uns aber die Zukunft in dieser Hinsicht auch
bringen möge, ungemein wertvoll ist für Deutschland die
Tatsache, daß, nach dem Beispiel des Morgan-Komitees nun-
mehr auch die Reparationskommission einstimmig die abso-
lute Kreditunfähigkeit Deutschlands beglaubigt hat.
Und bei allen Besorgnissen, die die Frage der Deckung des
Schahbons beim nächsten Beurteiler der neuen Situation
auch hervorrufen mag, so darf man sich wohl der berechtig-
ten Erwartung hingeben, daß die Gegenseite diese wichtige
Erkenntnis bei allen weiteren Verhandlungen stets im Auge
behalten wird.

Das sind Fragen, die gründlich durchdacht sein wollen.
Man wird sich also zunächst einmal mit der belgischen Regie-
rung darüber auseinandersetzen müssen, wie sie sich den Ver-
lauf der von ihr selbst vorgeschlagenen Abmachung denkt, und
die Gegenseite kann, wenn ihr in der Angelegenheit eine eini-
germaßen vernünftige Regelung am Herzen liegt, nicht ver-
langen, daß Entscheidungen getroffen werden, ehe man sich
über ihre Tragweite im klaren ist. Weder die deutsche Re-
gierung als solche noch irgendeine private Gruppe könnten
als Garantien die Wechsel gegenzeichnen, ehe Klarheit ge-
schaffen ist.

Im großen und ganzen kann man also sagen, daß für
den Augenblick eine Entspannung eingetreten ist,
daß sich das Gewölk aber noch nicht verzogen hat. Beton-
muß vor allem werden, daß die provisorische Regelung für den
Jahreschluß, auch wenn sie ausstandekommt, vor allem ein
Zeitgewinn bedeutet. Eine wirkliche Entwirrung der
Lage kann aber nur eine langfristige Atempause,
eine wesentliche Herabsetzung der Repara-
tionslasten und eine auswärtige Anleihe für
Deutschland bringen.

Große Besprechung bei der Reichsregierung.

Am Donnerstag abend 6 Uhr versammelten sich die
Führer sämtlicher Parteien, ausschließlich der Kommuni-
stischen, beim Reichskanzler. Die Sozialdemokratische
Partei war vertreten durch die Genossen Scheidemann
und Braun-Franken; Genosse Wels sprach schon vormit-
tags beim Reichskanzler vor, da er abends zur Beerdigung
unseres Genossen Diez nach Stuttgart abreisen mußte. Von
den Unabhängigen waren anwesend Breitscheid, Ditt-
mann, vom Zentrum Spahn und v. Gerard. Die Deutsch-
nationalen hatten Herrn Helfferich sowie die Herren Hergt und
Westphal entsandt. Die Demokraten waren durch Koch und
Erfelanz, die Volksparteier durch Kempfens und v. Bersner
vertreten.

Der Reichskanzler gab einen ausführlichen Überblick über
die Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationskom-
mission in Berlin. Einen großen Teil seiner Ausführungen
widmete er besonders dem letzten deutschen Vermittlungs-
vorschlag. Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden vom
Reichswirtschaftsminister Schmidt und Reichsarbeitsmi-
nister Brauns in ihren Einzelheiten noch weiter ausgeführt.
Da die Sitzung der Reparationskommission in Paris erst auf
nachmittags 6 Uhr angefangen worden war, konnten Nachrichten
über eine eventuelle Entscheidung in Berlin noch nicht vor-
liegen. Die Parteiführer stellten deshalb die Debatte über die
Mitteilungen des Reichskanzlers zurück und begnügten sich
vorläufig mit der Beantwortung einzelner von ihnen gestellter
Fragen. Der Reichskanzler bat zum Schluß der Besprechung,
sich bereit zu halten, damit sofort nach Übermittlung der Ent-
scheidung der Reparationskommission die Beratungen fort-
gesetzt werden können.

Am Freitag vormittag 11 Uhr tritt der Ueberwachungs-
ausschuß des Reichstages zusammen, um sich mit der bane-
rischen Frage zu beschäftigen.

Katholikentag und Reaktion.

Die Ergebnisse des Münchener Katholikentages werden
von der deutschnationalen Presse mit aufrichtiger
Freude kommentiert. Schon vordem hatten die rechtsstehenden
Blätter die Ausfälle des Kardinals v. Faulhaber gegen die
Revolution und die Weimarer Verfassung, gegen die „jüdische
Presse“ in Berlin usw. mit ersichtlichster Freude und in beson-
derer Aufmachung wiedergegeben. Jetzt fassen „Deutsche Zei-
tung“ und „Kreuzzeitung“ in Leitartikeln noch einmal ihr
Urteil über die gesamte Tagung zusammen und man sieht
förmlich hinter den Druckzeilen die strahlenden und schmun-
zelnden Gesichter der Verfasser leuchten. So schreibt die
„Deutsche Zeitung“:

Es handelt sich um nicht weniger als um ein Abrücken des kirch-
lichen Katholizismus von der Politik des Zentrums, ein Aufstiegen
starker und härtester nationaler Töne gerade im Munde
der kirchlichen Würdenträger und um den Versuch, die
Einheit des deutschen Katholizismus nicht mehr in der Unterwerfung
unter das Zentrum, sondern in der Betonung rein kirchlich-religiöser
Fragen zu suchen.

Die Freude der Deutschnationalen ist nicht von ungefähr.
Sie ist nicht allein damit zu erklären, daß ein hoher katholi-
scher geistlicher Würdenträger ihnen ein paar bequeme Agi-
tationsbrocken für antirepublikanische und antisemitische Propa-
ganda hingeworfen hat. Diese Zufriedenheit hat tiefere Ur-
sachen.

Wer sie begreifen will, der muß den langen und
zähen Kampf kennen, der zwischen Zentrum und Deutsch-
nationalen um gewisse Wählerkreise geführt wird. Nach
der Revolution schlossen sich auch Protestanten in größerer
Anzahl dem Zentrum an. Der deutschnationalen Agitation
gelang es — namentlich durch die Erzberger-Hege —, sie zum
größten Teil dem Zentrum wieder abzutreiben. Auch ein
rechter katholischer Flügel unter Spahn jun. spaltete sich —
freilich einstweilen ziffernmäßig nicht sehr stark — vom Zen-
trum ab und ging zu den Deutschnationalen über. Auch die
förmliche Trennung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum
war ein gewisser Erfolg im Sinne der Deutschnationalen.

Damit aber sind die Deutschnationalen keineswegs zu-
frieden. Sie rühmen sich zwar bereits, daß zehn Prozent
ihrer eingeschriebenen Mitglieder katholischen Glaubens seien,
aber ihr Ehrgeiz geht weiter. Sie möchten vom Zentrum
nicht nur ein rechtsradikales Gränzchen, sondern den ge-
samten viel umfangreicheren rechten Zentrums-
flügel zu sich herüberziehen. d. h. jene Elemente, die vor
der Revolution im Zentrum führend waren, aber seit dem
9. November 1918 die Führung an die mehr demokratisch
orientierten Zentrumsteile haben abgeben müssen. Zum
Zentrum gehören — namentlich im Westen — eine ganze An-
zahl Grundbesitzer, Groß- und Mittelbauernvereine,
Fabrikanten und Unternehmer, die sich in ihrer geistigen
Struktur nicht wesentlich von ihren östlichen Berufskollegen
unterscheiden, aber durch das traditionelle Band des Katho-
lizismus noch immer beim Zentrum festgehalten werden.
Diese Kreise stehen im Innern ihres Herzens der Republik
ablehnend, mindestens gleichgültig gegenüber. An nationalis-
tischer Einstellung können sie es mit jedem Deutschnationalen
aufnehmen.

Das Zentrum strebt andererseits mit äußerster Energie,
diesen Besitz an wohl-situierteren Mitgliedern festzuhalten. Recht
lehrreich waren in dieser Beziehung Debatten, die kurz vor
der Ermordung Rathenaus, am 17. und 19. Juni 1922 im
Breuschischen Landtag stattfanden. Ihr Ausgangspunkt war
eine Artikelserie, die der deutschnationalen Abgeordnete
v. Dröbner gegen das Zentrum im „Tag“ hatte er-
schienen lassen.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Heß setzte sich in sehr
temperamentvollen Ausführungen mit diesen Artikeln ausein-
ander. Immer wieder kreiste seine Rede um einen Punkt:
nämlich welche Zurücksetzungen und Ungerechtigkeiten
die Katholiken unter dem alten System, als Herr v. Dröb-
ner und seinesgleichen noch maßgebend waren, haben er-
dulden müssen. Wir zitieren aus der Rede des Abg. Heß:
Es klingt beinahe wie Ulf, wenn es in dem ersten Artikel
(der „Tag“) heißt: „Im übrigen hat der alte Staat minde-
stens immer einen katholischen Minister gehabt. Ist das
nicht fabelhaft? (Heiterkeit.) Es müßte natürlich heißen: höch-
stens. Es heißt dann weiter: „... und viele hohe katholische
Ministerbeamte.“ Wenn Sie darüber so genau Bescheid wissen,
dann bitte, machen Sie uns darüber einmal eine Liste auf...
Dann kommen freilich sofort Einschränkungen, die auch wieder
recht ußig wirken: „Freilich waren die meisten nicht Zen-
trumsleute oder sie hörten in der praktischen Arbeit des Staats-
dienstes auf, es zu sein.“ Also wer Katholik war, durfte es
nicht sagen.

So kritisierte Dr. Heß im ganzen Verlauf seiner Rede
die Zurücksetzung der Katholiken unter dem alten System.
Es liegen sich dafür noch ein Duzend Zitate bringen. Da-
gegen sagte er an anderer Stelle:

Der Minister Severing hat wiederholt öffentlich erklärt,
daß er eine seiner wichtigsten Aufgaben darin erblicke, denjenigen
Bevölkerungsschichten, die bisher so brutal und ungerecht von

Staatsämtern ausgeschlossen waren, nach Möglichkeit zu ihrem guten Recht zu verhelfen. Dafür danken wir ihm.

Herr Heß hat also unumwunden zum Ausdruck gebracht, daß die Republik die Katholiken in viel gerichteter Weise behandelt, als es das alte System jemals getan hat, daß sie den Katholiken die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gibt, die ihnen unter dem alten System grundsätzlich verweigert wurde. Das ist in der Tat der stärkste Trumpf, den das Zentrum, soweit es sich zum Mitträger des neuen Systems macht, gegenüber den Deutschnationalen ausspielen kann. Mit dem Hinweis auf die nunmehr erfolgte staatsbürgerliche Gleichstellung der Katholiken kann es seinen rechten Flügel, soweit in ihm das katholisch-religiöse Denken die übrigen Motive überwiegt, bei der Stange halten.

Nun aber ist auf dem Münchener Katholikentag den Deutschnationalen ein unerwartetes Geschenk in den Schoß gefallen. Kardinal v. Faulhaber hat die Weimarer Verfassung, der doch sein Glaubensgenosse Heß gerade vom katholischen Standpunkt aus so beträchtliche Lichtseiten abgewonnen hat, in Grund und Boden als „gottlos“ verurteilt. Das bedeutet für die Deutschnationalen eine Stärkung ihrer Agitation gegen das Zentrum. Denn dem Zentrumshinweis auf die errungene Gleichberechtigung können sie jetzt den Bannfluch einer Autorität der katholischen Kirche entgegenstellen. Damit gerät die Zentrumsdisziplin, die sich nicht unwesentlich auf die Unterwerfung unter die religiöse Autorität aufbaut, ins Wanken.

Auf Zentrumsseite hat man diese Gefahr erkannt. Der Präsident des Katholikentages, Dr. Adenauer, sprach in seiner Schlussrede von Äußerungen, hinter denen die katholische Kirche mit ihrer Gesamtheit nicht steht. Und Kardinal v. Faulhaber wurde veranlaßt, in einer letzten Rede noch ein paar kräftige Worte gegen den politischen Neuchâtel zu sagen. Herr v. Faulhaber wies auch darauf hin, daß Deutschland im Sommer 1917 den Frieden hätte haben können; „aber Deutschland wollte nicht nach Kanossa gehen, dafür ist es später nach Versailles und Genua gegangen“. Das war gewiß ein scharfer Hieb gegen das Alldurchschäum, aber es ist zweifelhaft, ob Herr v. Faulhaber damit den Schaden, den seine erste Rede der Zentrumspolitik getan hat, noch nachträglich ausgleichen konnte. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Durch die zweite Rede Faulhabers sei vermieden worden, daß der Katholikentag zu einer Fanfare gegen die Koalitionspolitik des Zentrums wurde. Darin liegt aber, daß die erste Rede Faulhabers eine solche tatsächlich war.

Auffällig ist in dieser Situation das Schweigen der Zentrumspresse. Menschlich kann man wohl verstehen, daß sie die äußere Wirkung des Katholikentages nicht durch ein Hineinleuchten in die Konflikte, die sich in München aufgetan haben, beeinträchtigen möchte. Aber als Regierungspartei im Reich und in Preußen wird das Zentrum doch schließlich nicht umhin können, zu den Dingen Stellung zu nehmen. Letzten Endes dürfte es durch die Agitation der Deutschnationalen dazu gezwungen werden.

Wirth an Lerchensfeld.

Die Reichsregierung veröffentlicht durch M. W. das Schreiben, das der Reichskanzler Dr. Wirth am 20. August an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchensfeld gerichtet hat. Dieses Schreiben bildete den Abschluß der damals in Berlin mit zwei bayerischen Ministern gepflogenen Verhandlungen über den Sinn des Protokolls vom 11. August 1922. Es gibt eine Wiedergabe dessen, was damals in Berlin als authentische Interpretation des Protokolls festgestellt wurde. Da sich das Schreiben dem Sinne nach mit der Darstellung der Reichsregierung über das Ergebnis der Verhandlungen deckt, die wir in Nr. 400 vom 25. August 1922 veröffentlichten, so erübrigt sich mit dieser Feststellung eine nochmalige Wiedergabe. Das Schreiben schließt mit einem Appell an die bayerische Regierung, angesichts der ersten Gestaltung der außenpolitischen Lage nun-

mehr auch formell durch Aufhebung der bayerischen Verordnung den Verhandlungen ihren Abschluß zu geben. — Das ist inzwischen geschehen.

Preußen gegen den Wucher.

Die Preussische Regierung beabsichtigt, über die Maßnahmen des Reiches hinaus Schritte gegen den Wucher und die Teuerung zu unternehmen. Zu diesem Zweck hat der Preussische Ministerpräsident Genosse Braun eine Ministerratssitzung einberufen, die sofort nach seiner Rückkehr aus dem Rheinland zu der Erörterung dieser Frage Stellung nehmen soll.

Landtagsauflösung in Sachsen.

Dresden, 31. August. (Eigener Drahtbericht.) Seit Monaten sind die bürgerlichen Parteien Sachsens bestrebt, die sozialistische Regierung unmöglich zu machen. Sie haben nichts unversucht gelassen, um dieses Ziel zu erreichen und schließlich die für ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtages notwendige Stimmenzahl aufgebracht. Der Landtag beschloß sich deshalb vor kurzer Zeit mit dem Antrag auf Volksbegehren, überwies ihn aber dem Rechtsausschuß zur eingehenden Besprechung. Der Rechtsausschuß hat Donnerstag mit den Stimmen der Bürgerlichen und den Kommunisten dem Volksbegehren auf Landtagsauflösung stattgegeben und beschlossen, den Landtag sofort aufzulösen. Der bekannte Antrag unserer Genossen, ein verfassungsgemäßes Gesetz zu beschließen und dadurch eine befristete Landtagsauflösung zu ermöglichen, wurde ebenfalls von den Kommunisten mitabgelehnt. Die entgeltliche Entscheidung über die Auflösung des Landtages wird der Landtag am 14. September selbst treffen. Nachdem die Kommunisten im Rechtsausschuß für die Auflösung gestimmt haben, ist anzunehmen, daß sie auch im Landtag gegen den Antrag der Sozialdemokratie, aber für den Antrag der bürgerlichen Parteien auf Auflösung des Landtages stimmen werden. Durch dieses kommunistische Treiben werden wichtige Gesetze, die insbesondere die Arbeiterschaft betreffen, unmöglich gemacht werden.

Die Bekämpfung der Arbeiterinteressen in Sachsen stellt die kommunistische Partei abermals in das ihr gebührende Licht.

Abrüstungsdebatte auf der Wiener Konferenz

Wien, 30. August. (M. W.) In der heutigen Sitzung der Interparlamentarischen Union erstattete Burton (Amerika) Bericht über die Washingtoner Konferenz und unterbreitete eine Entschließung, wonach die Mitglieder der Interparlamentarischen Union dem Übereinkommen, betreffend die Einschränkung der Rüstungen zur See und den Schutz der Neutralen zur See, sowie über das Verbot giftiger Gase zustimmen. Die Interparlamentarische Union unterstützte gern das Werk der Konferenz und alle Übereinkommen, die auf die Vermeidung des Krieges oder auf die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern hingingen.

Bernstein (Deutschland)

unterzog die Haltung der Franzosen auf der Washingtoner Konferenz einer Kritik und erklärte, die Furcht Frankreichs vor einer erneuten Invasion sei unbegründet. Die deutsche sozialistische Arbeiterschaft habe den festen Willen, nie wieder Krieg zu führen. Doch erwarte sie eine Erleichterung der Bedingungen und erhoffe von der Verständigung der Nationen Gerechtigkeit in vielen Punkten. (Beifall.) Schließlich wurde die Entschließung des Berichterstatters angenommen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Geistige Zusammenarbeit, betonte Professor Eichhoff (Deutschland), die Wissenschaft sei vorkriegslos und müsse daher von allen Schranken befreit werden, worauf man gerade in Deutschland den größten Wert lege.

Ueber das Thema Einschränkung der Rüstungen berichtete Moutet (Frankreich).

Er sagte, der Ruf Bernsteins: Nie wieder Krieg! müsse zur Parole jedes einzelnen auf der ganzen Welt werden. Wenn er als Franzose

die Friedensverträge auch nicht im Prinzip mißbillige, so trügen sie doch die Warte der Gewalt, um einerseits den Siegern die Aufrechterhaltung ihrer Armeen zu ermöglichen, andererseits aber den Besiegten die vollständige Entwaffnung aufzuzwingen, und zogen damit den Gedanken der Rache groß.

Die deutschösterreichischen Sozialdemokraten nehmen an der interparlamentarischen Konferenz offenbar aus innerpolitischen Gründen nicht teil. Das ist ihr gutes Recht und läßt es einigermaßen erklärlich erscheinen, daß die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ die Bedeutung der ganzen Veranstaltung aus Gegnerhaft zur Christlich-sozialen Partei, die nicht die gleiche Abstimmung übt, möglichst herabzusetzen versucht. Ganzlich überflüssig und wenig geschmackvoll ist es aber, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ dabei Selbstenbeug auf die ausländischen Sozialisten auszuweiten versucht, die in ihrer Gesellschaft gelandet seien. Sie behauptet, fälschlich ohne wohlwollende Absicht, daß nur Sozialisten, die der Zweiten Internationale angehören (S. P., Belgier, Holländer, Scandinavier) an der Konferenz teilnehmen. Dabei erwähnt sie aber in dem gleichen Bericht ausführlich die Rede des französischen Delegierten Moutet. Daß Moutet sozialistischer Abgeordneter von Lyon ist und damit auch Mitglied der Wiener Arbeitergemeinschaft, scheint sie offenbar nicht zu wissen, sonst hätte sie sich jenen „Selbstentbeug“ auf die „Zweite“ erparnt, der auf die Adressaten ungewollt zurückprallt.

England macht mit der Abrüstung ernst.

London, 31. August. (M. W.) Die englische Admiralität hat in Uebereinstimmung mit dem Washingtoner Seeabkommen die Abtastung sechs großer Kriegsschiffe angeordnet. Es sind dies die beiden Schlachtkreuzer „Glorious“ und „Princess Royal“, und die Schlachtschiffe „Orion“, „Conqueror“, „Monarch“ und „Erin“. Alle sechs Schiffe waren an der Schlacht bei Jütland beteiligt. Sie führen 13,5-Zentimeter-Geschütze an Bord, die mit den Schiffen verkauft werden.

Amerika und Rußlands Aufbau.

London, 31. August. (M. W.) Aus Washington wird vom 30. August gemeldet: Der kurzem waren inoffizielle Vorschläge an die russische Sowjetregierung bezüglich der Entsendung einer Untersuchungskommission nach Rußland gemacht worden. Reuters Berichterstatter erzählt, daß die von der amerikanischen Regierung unternommenen Schritte die mögliche Entsendung einer technischen Kommission nach Rußland betreffen, um die dortigen Verhältnisse zu untersuchen, daß diese Adressat jedoch keinerlei Befugnisse haben werde, irgendem die Vereinigten Staaten bindenden Abkommen abzuschließen. Es wurde erklärt, daß die Informationen, die die Kommission nach ihrer Untersuchung geben könnte, der amerikanischen Regierung Mitteilungen aus erster Hand bieten würden, falls sie einmal zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands beitragen sollte.

In Mesopotamien, auch einem „Banal“-Land, bekämpft England nach einer Londoner Botschaft die Unzufriedenheit der Mehrzahl der Bevölkerung, die die Besetzung der Provinzen durch die Briten ablehnen, die Parteien der Gemäßigten und der Nationalisten unterdrückt werden.

Zusammenschluß höherer republikanischer Beamten in Sachsen. In einer zwanglosen Vorbesprechung, die einige höhere Verwaltungsbeamte aus mehreren Teilen Sachsens in Dresden abgehalten haben, ist nach reger Aussprache beschlossen worden, zur Unterstützung und Förderung der Republik und des republikanischen Gedankens unter den höheren Verwaltungsbekleideten den Zusammenschluß einer republikanisch gestimmten höheren Verwaltungsbeamten zu erwirken, und zwar mit dem weiteren Ziele einer Arbeitergemeinschaft aller republikanisch gestimmter Verwaltungsbeamten Sachsens.

Keine Amerikareise des Polizeipräsidenten Richter? Wie der amtliche Preussische Pressedienst meldet, findet die beabsichtigte Amerikareise des Polizeipräsidenten Richter zum internationalen Polizeikongress in New York nicht statt. Angesichts der ersten politischen Situation bleibt der Polizeipräsident vielmehr in Berlin. — Nach unserem Wissen ist der Polizeipräsident schon seit gestern mit dem Schiff nach Amerika unterwegs. Es kann sich also nur um eine Zurückberufung handeln, bevor das Schiff den englischen Hafen verläßt.

Das Großstadtespenst.

Von Otto Keller.

Ich stand an einer Ecke der Keuperbahn, gegen einen Baum angelehnt, und starrte mit weit aufgerissenen leeren Augen in die kommende Dämmerung hinein. Um mich her begann das pulsierende Leben der Großstadt hin und her zu kauen. Damen in seidernen Mänteln, Herren mit glitzernden Brillanten an den Fingern, lachendes und plauderndes Liebesvolk, elegante Equipagen, Automobile, Blatsträger, die marktschreierisch irgendeine Bergnügungsorte besonders anpreisen, und hier und da ein blaßes, abgehärtetes Gesicht, mit toten, hohlen Augen. Bisweilen langsam tänzelnde Mädchenschritte, die abseits der Straße diese an sich vorbeischieben ließen, bis sich aus der Menge irgendein Mensch löste und zwei Augenpaare sich suchten und fanden.

Der Menschenstrom verlief sich wieder — wie jeden Abend. Aus einem hellerleuchteten Café drang das Klirren der Gläser, das Klirren der Teller und Geschire, und zwischen durch in regelmäßigen Pausen die lachenden, schmelzenden Töne einer Streichmusikpelle bis hinaus auf die Straße.

Es wurde neun, es wurde zehn Uhr, und ich stand noch immer dort und schaute mit zwei aufgerissenen leeren Augen, leerem Magen und leerem Tascher, in die kommende Nacht hinein.

Vor wenigen Minuten hatte ich das große Grauen überwunden. In einem Augenblick, wo die Ruff und der Lärm dort drinnen im Café für eine Weile verstummte und die ganze breite Straße wie tot und ausgestorben vor mir lag; eine in Lumpen gehüllte Gestalt suchte mit dem Hut in der Hand bettelnd die Straße nach Menschen ab.

In diesem Augenblick huschte ein Gespenst an mir vorüber und grinst mich aus hohlen Augen an. Ich glaubte, das Blut müsse in meinen Adern gerinnen, aber ich mußte immerfort hinschauen. Das Gespenst war namenlos. Gewöhnliche Menschen nannten es Rot, aber es hieß ganz anders; nur war der richtige Name dafür noch nicht gefunden. Wer es sah, mußte entweder durch eigene Hand sterben, wahnsinnig werden oder das Grauen für immer und alle Zeiten in ihm selbst.

So hatte ich das Grauen überwunden. Ich spürte keine Furcht mehr, sondern nur noch jenes Frieren in den Gliedern, das Menschen empfinden, die nahe am Tode vorkelchenden sind.

Gegen elf Uhr belebte sich die Straße noch einmal sturartig. Es war, als ob sich der Tag noch einmal in seiner ganzen Beweglichkeit und Lebhaftigkeit zeigen wolle, bevor er sterbe und der Nacht das Feld räume. Aber es war nur noch ein krampfhaftes Aufschäumen, das eben so schnell wieder verebbte.

Eine Festsprengung nach der anderen tauchte in der Nacht unter. Vor den größeren Cafés und Bergnügungsetablissemens-

wurden die großen Bogenlampen ausgelöscht. Hier und da noch ein eisendes Pärchen oder eine Leise vor sich hin singende, öfters aufgründende, bedenklich schwankende Gestalt, dann wurde es still umher. Das kalte, grünlich bleiche Licht einzelner Straßenlaternen und der gleichmäßig ruhige Küstalt von ein Paar Schuhmannstiefel auf dem harten Pflaster war das Einzige, was diese bleiche, farblose, grauame Stille noch belebte.

Da begann ich die Wanderung durch die Nacht. Der innere und äußere Frost mußte der Selbsterhaltung wegen überwunden werden, so wurde aus der Wanderung bald ein Rennen und Tagen nach einem blinden Phantom, nach einem Nichts, bis mich zuletzt die Müdigkeit überwältigte, und die Füße brannten wie glühendes Feuer.

In irgendeinem dunklen Lorbogen sank ich auf das harte Pflaster, stöhnte noch einmal tief und schwer auf, dann zogen sich die schweren Augenlider gleich Bleierschleusen über dem Bewußtsein zusammen.

Und über mir, hoch oben auf einem Dachgiebel, sah das Großstadtespenst. Wie ein ungeheurer Polyp war es anzusehen, das seine tausend schlüpfrigen, taften, schlangerartigen Arme in alle Winkel und Ecken der Großstadt ausstreckte.

Es grinst mit toten Augen, in denen das Grauen einer ganzen Welt verankert schien, wohlgefällig auf mich herab. — Wieder ein Opfer mehr. — Dann eilte es weiter. Schaute noch in viele solche dunklen Winkel hinein, wo ebensolche Gestalten regungslos sich vor dem Erwachen fürchteten. Rüdte einem betrunkenen Kaufmann, der seinen Frau prügelte, durchs Fenster aufmunternd zu. Setzte sich dann in einem Lokal mit Nachbetrieb mitten zwischen die angeheiterten Gäste. Jagte ein paar oberflächliche oder in Rot geratene Dienstmädchen, Kontoristinnen und Künstlerinnen in die Arme ihrer Verführer, zettelte noch einen blutigen Streit an und ging höhnisch auf weiteren Raub aus.

Als sich die erste Morgendämmerung sah und bleich mit dem grünlich kalten Licht der Straßenlaternen mischte, eilte es nach Fußhöhlen und verkroch sich dort zwischen den Gefängnismauern, so daß die Gefangenen aufschrien, wie von einem schweren Alb geplagt. Hier ruhte es sich aus, hier fühlte es sich wohl — hier war seine Heimat.

Das ist das Gespenst, das die Menschen Not, Verzweiflung, Elend, Verbrechen, ja sogar Teufel nennen!

Und du, Mensch, begegnest du einmal in einer Nacht einer bleichen, von Not und Elend schwankenden Gestalt, dann denke daran, daß das Großstadtespenst umgeht, das Großstadtespenst, das wir morden müssen, wenn es uns nicht selbst morden soll.

Erinnerungen an den Jude. Er gehört jetzt wieder zu den Dingen, die in aller Munde sind. Leider nur bildlich gesprochen. In Wirklichkeit ist die Süßigkeit, oder vielmehr die Jagd nach ihr, jetzt so recht dazu angetan, uns das Leben zu vergällen. Der

Jude ist ein besonders bitteres Vermulstropfen in unserem Gorgendreher. Das klingt wie ein Paradoxon.

Zu dem Paradoxon gehört z. B. auch, daß wir unmittelbar vor dem Kriege an der Spitze aller Zuckerrüben erzeugenden Länder marktschreierisch mit 2.700.000 Tonnen. Das war fast ein Drittel der Rohzuckerproduktion der Welt, und viele selbst machte, wenn auch die Rohzuckererzeugung ihr langsam aber stetig wieder über den Kopf wuchs, zeitweise mehr als die Hälfte der Weltproduktion aus. Deutschland war nächst Großbritannien das den meisten Zucker verbrauchende Land in Europa geworden, trotzdem konnte es mehr als 40 Proz. der Erzeugung ins Ausland gegen lassen. Unser bester Abnehmer war England.

Lehrreich ist es auch, zu wissen, daß nächst Deutschland Österreich und Rußland die Länder gewesen sind, die am meisten Rübenzucker herbeubrachten. Von da sollen allerlei Richter auf unsere Zukernot. Wer noch weitere Erläuterung braucht und an die Zuckerzucker erzeugenden Gebiete erinnert, denen Rußland in glänzender Aufstiegs voranging, den schreie das Wort Rußland. Doch, um in die Heimat zurückzukehren. In der ersten Kriegszeit kostete ich, in einem Augenblick prophetischer Inspiration, von der Wand eines unserer Eisenbahnwagen süberlich einen Zettel los, auf dem stand gedruckt: „Ehr Jude; Jude haben wir genug“. Keiner von den Späßen unratet Weisheit, die auf die Veränderlichkeit und Bergänglichkeit alles Irdischen hinweisen, vermag besser zu wirken.

Wir Deutsche lieben es ja überhaupt, zu unserem Trost in die Vergangenheit hinauszufolgen. Auch die Geschichte des Zuckers bietet solche historische Tröstung. Freilich, die Geschichte des Zuckers fängt in Europa mit der zuckerrüben Zeit an. Man hatte oder damals — und das ruhet wieder an eine andere unserer schmerzigen Wunden — hinreichend Honig, der die Stelle des Zuckers vertrat. Dagegen war im fernen Osten, in China und Indien, der Zucker schon seit uralter Zeit bekannt. Da für jene der Asteie verdächtigen Gegenden war das Zuckerrohr eine Nahrungspflanze, wie es das jetzt noch auf den Philippinen und den Inseln der Südsee ist. Von dem altindischen „sakura“ kommt denn auch das arabische „Zucker“, und von ihm — denn die Araber sind es gewesen, von denen die Europäer den Genuß und den Anbau des Zuckers lernten — kommen die verschiedenen Bezeichnungen in den modernen europäischen Sprachen. Auslandsware ist für uns Deutsche der Zucker freilich auch nach seiner Einführung in Europa nach Jahrhunderte lang geblieben. Ja, der Anbau in den Mittelmeerländern verstand wieder nötig, als sich nach der Erstfindung der neuen Welt dort eine weltumgebräute Zuckerrohrkultur erstaltete. Kolonialzucker ist es gewesen, der im 18. bis 19. Jahrhundert in den europäischen Staaten raffiniert wurde. Deutschland ist da nur sehr langsam nachgegangen, und der exotische Stoff ist lange immer ein Privileg der Bemittelten geblieben. Erst als um die Mitte des 19. Jahrhunderts die alte heimliche Runkelrübe dem Chemiker Margraf ihre innere Süßigkeit offenbarte, und als dann, auch erst wieder 50 Jahre später, in Mecklenburg die erste Rohzuckerfabrik errichtet, ist der Zucker allmählich das uns heute unentbehrlich schmeckende Volksnahrungsmittel geworden. Der Acker, der uns jetzt die Rohzuckererzeugung liefert, hat, ist damals sogar von einheimischen Forderungen Einkauf gewesen, denn von Rußlands Kontinentalsperre rührt der große Aufschwung des europäischen Zuckeranbaues her.

Gegen Teuerung und Wucher.

Ein Antrag beider sozialdemokratischen Fraktionen im Rathaus.

Die Stadtverordnetenversammlung trat gestern, am letzten Tage ihrer Sommerferien, nach einer Pause von sechs Wochen wieder zu einer Sitzung zusammen, die formell noch Ferien-sitzung war. Auf der Tagesordnung stand nichts von all den Resten, die bei Ferienbeginn liegen geblieben waren, sondern nur neue und eilige Sachen. Die anfangs nur schwach besuchte Sitzung wurde vom Vorsteher Dr. Caspari mit einem Nachruf auf den verstorbenen früheren Stadtv. Wommsen eröffnet. Der Vorsteher gedachte auch des Stadtbaurats Rudw. Hoffmann, der in den Ferien sein 70. Lebensjahr vollendet hat. Zugewandert ist dem Vorsteher ein Exemplar der „Roten Fahne“ vom 9. August, in der die im Dezember vorigen Jahres gegen den Neufällner Bürgermeister Scholz und den dortigen Stadtrat Kadite erhobenen Vorwürfe wegen des Verkaufs von Bornsdorf zurückgenommen werden. Außer der Tagesordnung lagen ein paar Dringlichkeitsanträge vor, die sich auf die neueste Verschärfung der

Lebensmittelsteuerung

beziehen. Für die beiden sozialdemokratischen Fraktionen beantragten Dr. Wehl und Czeminzki: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit größter Beschleunigung für eine ausreichende Sicherstellung der notwendigen Lebensmittel, Kartoffeln, Brot, Fleisch, Zucker, Fett und Milch, sowie der Brennstoffe Sorge zu tragen. Die sprunghaften, willkürlichen Preiserhöhungen für die Nahrungsmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände haben Formen angenommen, die nur als glatter Wucher bezeichnet werden können, da die Herstellungskosten in keinem Verhältnis zu den jetzigen Preisen der Ware stehen. Der Magistrat möge daher bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die von den Landwirten nachträglich geforderte Erhöhung der Getreidepreise, als im Widerspruch zu dem Umlagegesetz stehend, unterbleibt und daß alle Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des Wuchers von Erzeugern und Händlern ergriffen werden. Der Magistrat wird ferner ersucht, bei der Reichsregierung erhöhte Mittel für alle Arten der Rentner und jenseitigen Unterstützungsempfänger zu beantragen. Die Versammlung ist weiter der Auffassung, daß der Magistrat vorbereitende Maßnahmen treffen muß, um der mit Sicherheit zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit zu begegnen.

Von einem Antrag der Kommunisten, der Maßnahmen gegen die Teuerung forderte, war bei der Verlesung durch den Vorsteher auf der Pressetribüne wenig zu hören.

Oberbürgermeister Böß hat, die Beratung der Anträge bis zur nächsten Sitzung zu verlagern. Der Magistrat habe sich mit der Frage, welche Maßnahmen zur Lebensmittelbeschaffung und zur Wucherbekämpfung zu treffen seien, selbstverständlich schon beschäftigt. Heute könne er sich aber zu den Anträgen noch nicht äußern. Bsprednungen haben bereits im Vorstand des Deutschen Städtebundes stattgefunden, auch hat der Magistrat sich mit dem Reichsernährungsminister in Verbindung gesetzt. Erst am Freitag und Sonnabend wird er seine Beratungen zu Ende führen können und Beschlüsse fassen. Stadtv. Dörr (Komm.) widersprach der Vertagung. Stadtv. Dr. Herz (U. Soz.) empfahl, der Anregung des Oberbürgermeisters zu folgen, weil nach dessen Erklärung heute eine fruchtbarere Erörterung doch nicht möglich sei. Gegen die Stimmen nur der Kommunisten wurde die Vertagung beschlossen.

Ein dringlicher Antrag der Unabhängigen, der für die Arbeiter der Blindenanstalt höheren Lohn fordert, wurde einem Ausschuss überwiesen.

Bei einer Anfrage der Kommunisten, ob der Magistrat veranlassen will, daß städtische Beamte und Angestellte im Dienst das Halenkreuz nicht tragen dürfen, kam es zu keinem Beschl. Stadtv. Venus (Komm.) brachte einen bestimmten Fall zur Sprache und nannte dabei das Halenkreuz ein Wuchererabzeichen. Darüber tobte die Rechte. Bürgermeister Ritter erklärte, es könne nicht gebilligt werden, daß Beamte

und Angestellte mit Abzeichen, die eine bestimmte politische Meinung bekunden, in die Amtsräume kommen. Aber das gelte natürlich für alle Parteien. Der Magistrat werde den besprochenen Fall untersuchen, wenn ihm die Antragsteller das Beweismaterial liefern wollen.

Zu den Kosten der Hilfsmassnahmen für notleidende Kleinrentner wurden als weiterer Beitrag der Stadt, den sie zu leisten hat, 4 1/2 Millionen Mark bewilligt. Ueber die vom Magistrat beantragte Steuer auf Benutzung nicht öffentlich aufgestellter Mietkraftwagen wird zunächst der Haushaltsausschuss beraten.

Magistratsstabskommission und Stadtverordnetenausschuss haben über die Umorganisation und den Ersatz der bisherigen Tarifdeputation beraten, um eine

Beschleunigung von Lohnsatzverhandlungen

zu erreichen. Die aus den Beratungen hervorgegangenen Richtlinien über ein engeres Zusammenarbeiten des Magistrats mit den Stadtverordneten wurde jetzt zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Stadtverordnetenversammlung soll einen ständigen Tarifvertragsausschuss wählen, der dem Magistrat die Meinung der Stadtverordneten über die Vertragsabschlüsse unterbreitet. Der Ausschuss soll das Ergebnis der Verhandlungen des Magistrats mit den Arbeitnehmern vor einem Magistratsrat beschließen und nötigenfalls zu diesen Verhandlungen hinzugezogen werden. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Hah das Einverständnis mit den Richtlinien. Er beantragte, den Ausschuss auf 16 Mitglieder zu bemessen. Der Unabhängige Amberg forderte Abänderung der Richtlinien dahin, daß der Tarifvertragsausschuss stets an den Verhandlungen der Magistratsstabskommission mit den Arbeitnehmern teilnimmt und daß die Betriebsräte hinzugezogen werden. Ein Antrag der Kommunisten lief darauf hinaus, die Tarifdeputation in alter Zusammenstellung wiederherzustellen. Die Deutsche Volkspartei beantragte Bemessung des Ausschusses auf 17 Mitglieder. Der 17. Mann würde nämlich den Fraktionen der Rechten ein Übergewicht sichern. Die zweite Lesung wurde vertagt.

Eine lange Reihe minder wichtiger Vorlagen fand Annahme ohne Debatte. Ueber eine vom Magistrat vorgesehene neue Wertzuwachssteuerordnung, die bei Grundstücksverläufen den Geldwertunterschied zwischen Erwerbs- und Veräußerungspreis berücksichtigen soll, sowie der Verkäufer selber mit Kapital an dem früheren Erwerbspreis beteiligt ist, wird im Ausschuss beraten. Zugewandert wurde der Regelung der Bezüge nichtständiger Angestellter ab 1. Juli. Die Vorlage auf Erhöhung der Wohnungsbauabgabe ging an einen Ausschuss. Auch ein Antrag der Kommunisten, den Armen dieselbe Unterstützung wie den Erwerbslosen zu geben, wurde einem Ausschuss überwiesen.

Fliegende Papiersammler.

Wer erinnert sich nicht der Vermisten — Männlein und Weiblein — die mit einem großen Sack auf dem Rücken und einem eisenschleppigen Stock in der Hand von Haus zu Haus zogen und aus den abgedunstenden Müllkästen allerlei „Kostbarkeiten“ herausfischerten, um sie in einem Produktenteller für wenige Groschen zu verkaufen. „Naturforscher“ hießen sie im Volksmund, und heute sieht man sie kaum noch. Dafür bevölkern jetzt meist junge Burken und auch Kinder die Straßen — auch mit Säcken auf dem Rücken, aber ohne den Stock. Sie sammeln emsig und flint das Papier auf der Straße, die weggeworfene Zeitung des raschen Geschäftsmannes, das „Stullenpapier“ der Leute, die unterwegs essen, weil sie sonst keine Zeit haben, und die Obsttüten, wenn sie von ihrem Inhalt geleert sind. Hundert und mehr Mark nimmt solch ein fleißiger Sammler pro Tag ein, denn das Papier ist teuer und sein Preis klettert fast von Tag zu Tag. Wie kostbar dieses Material heutzutage ist, beweisen nicht nur die hohen Zeitungspreise, sondern auch die Tatsache, daß z. B. das Abfallpapier an den Anschlagkäulen regelrecht an eine Firma verpackt ist, die dafür an das Tisch- und Stuhl-Unternehmen noch ein stattliches Stämmchen zu zahlen hat, nun aber auch allein das Recht auf die Entfernung des Abfallpapiers besitzt. Mancher fliegende Papiersammler hat sich

verteilen lassen, auch hier einmal zuzugreifen und mußte dann erfahren, daß das Auge des Gesetzes wacht und die Polizei ihn am Reagen nahm. Darum: Hände weg von den Anschlagkäulen! Für die Säuberung der Straßen von den häßlichen Papierseken sind auch alle dankbar und die städtischen Straßenreiniger nicht böse!

Alles wird teurer.

Elektrizität, Volksspeisung und — Bedürfnisanstalten.

Die Gemeindebehörden haben im Versorgungsgebiet sämtlicher Elektrizitätswerke der neuen Stadtgemeinde Berlin, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Lichtenberger, Rentkollner, Köpenicker, Steglitzer, Spandauer, Zehlendorfer, Niesfelder, Pantomer, Weihenker, Friedenauer und Tegeler Elektrizitätswerke, die Elektrizitätsstarke mit Wirkung der im September erfolgenden Zählerableitung ab wie folgt festgesetzt: Einheits-tarif für Wohnungen, Werkstätten und Hausbe-leuchtung (Treppen, Keller usw.) Strompreis 12 M. für die Kilowattstunde Bodensflächengebühr 0,50 M. monatlich je Quadratmeter. Pauschaltarif:

Leistung in Watt	60	80	100	140	200	250	300
Jahresgebühr in Mark	561	750	936	1308	1860	2337	2802

Besonderer Lichttarif: 16 M. für die Kilowattstunde. Besonderer Tarif für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke: 12 M. für die Kilowattstunde.

Der Magistrat hat durch Beschluß vom 30. August den Preis einer Portion Mittagessen aus der städtischen Volksspeisung anderweit auf 12 M. festgesetzt. Die Erhöhung tritt vom 4. September ab in Kraft. Von diesem Tage ab kostet demnach eine ganze Portion 12 M., eine halbe Portion 6 M. Rinderbemteltete sowie bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegserhinterbliebene erhalten das Essen zum Preise von 6 M. für die ganze Portion, 3 M. für die halbe Portion gegen Abgabe einer Marke der eingeführten Ausweisarten zur Erlangung verbilligten Essens. Die Ausweisarten werden von den Wohlfahrtsverwaltungen ausgegeben.

Der Magistrat hat ferner beschlossen, die Gebühren für die Benutzung der Bedürfnisanstalten in der 1. Klasse auf 3 M., 2. Klasse für Männer auf 1,50 M., 2. Klasse für Frauen auf 1 M. und den Nachtzuschlag auf 1 M. zu erhöhen.

Doch noch ein Wohltäter der Menschheit.

Ständig bezeichnet man die Kleintümer als diejenigen, die mithelfen, die Waren bis ins Ungemessene zu verteuern. Daß aber doch noch ein weiser Rabe sich unter den Kaufleuten befindet, beweist folgender Aushang im Schaufenster des Feinsthändlers Scheunemann, Neudlin, Kaiser-Friedrich-Str. 60:

Zur Beachtung! Ein Pfund Margarine kostet im Einkauf 240 M. und verkaufe pro Pfund mit 170 M. Um die neue Ware einzukaufen, zahlen wir heute noch 70 M. zu zu den jetzigen Einkaufspreisen.

Dabei muß bemerkt werden, daß der hohe Einkaufspreis von 240 M. pro Pfund nur etwa 24 Stunden hindurch in Wirkung blieb. Der Brave hat also zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt eingekauft, und wenn er gewartet hätte, so wäre er vor Schaden bewahrt geblieben.

Der Tod beim Setz.

Wieder die Revolverpieterei.

Der tragische Ausgang einer fideles Weinreise, die die Artistin und Kunstschafflerin Lily Gansel mit ihrem Freunde, einem Kaufmann Stansich, sowie noch einem Herrn und einer Freundin unternahm, fand gestern ihr gerichtlich nachspiel vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Eines Abends nach ihrem Aufbruch besuchte die Angestellte Gansel mit ihren Bekannten die Nachtsohle der Friedriehstraße, man war in bester Stimmung und landete schließlich in der „Zauberflöte“, wo reichlich dem Setz zuge-sprochen wurde. In animiertem Zustande kam es zu einem heftigen Streit zwischen der Gansel und ihrem Freund, in dessen Verlauf St. aus der Tasche seinen Revolver zog, und im Scherz auf die Angestellte anlegte mit den Worten: „Ich möchte dich am liebsten totschießen.“ Hierbei muß St. verächtlich die Sicherung des Revolvers aufgelöst haben, denn wenige Minuten später, als er gerade die Gläser von neuem füllte, krachte ein Schuß und Stansich sank tot zu Boden. Die Angestellte hatte ihm nämlich den Revolver, den er wieder in die Tasche gesteckt hatte, herausgenommen und ebenfalls im Scherz auf ihn angelegt. Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann hatte als Todesursache eine Zerreißung der Leber festgestellt. In seinem Plädoyer führte Staatsanwalt

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zickler.

Es wurde aber nichts aus der Landstraße. In dem gleichen Arbeiterblatt, das seine Arbeiten abbrudete, fand Hans die Ankündigung einer Versammlung, deren Thema ihn interessierte. Ein Gewerkschaftsführer sollte über „Den wandernden Arbeiter einst und jetzt“ sprechen. Hans verschob seine Abreise auf den nächsten Morgen und fand sich zur festgesetzten Stunde im Volkshaus ein. Die Versammlung war von einigen hundert Arbeitern besucht. Der Redner machte auf Hans einen guten Eindruck, er hatte ein schmales und kluges Gesicht, eine etwas matte, aber eindringliche Stimme und sichere, beherrschte Gesten. In seiner Rede zeichnete er zuerst das Bild des reisenden Handwerkers vor der Industriezeit, der den Sagenen der Junst gemäß zwischen die Lehr- und Gesellenzeit ein Wanderjahr einschob, um sich in seinem Handwerk zu vervollkommen. Diese wandernden Junstgesellen gliedern nicht den Proletariern von heute, auch den gelerntten nicht, sondern waren Leute von Stand und eigenen Werten, wohl gebildet und geistlich. Heute sind es die Scharen der Arbeitslosen, die Opfer der Niederkonjunkturkrisen, die das Gros der Landfahrer stellen, nur ein Rest der alten Sitten und Gebräuche zeugt von dem, was einmal war. Die unterste Schicht des wandernden Proletariats stellt das Bagabundentum dar, dem die Landstraße zur endgültigen Heimat geworden ist, ruhelose Gesellen, die der Hunger von Ort zu Ort treibt, deren die Landgendarme auslauern, um sie den Arbeitshäusern auszuliefern. Das Elend der Landstraße ist ein Teil des Elends der Bestillosen überhaupt; die Stunde, die der „Ordnung“, der Ausbeutung ein Ende bereitet, wird auch dem wandernden Arbeitervolk die Stunde der Erlösung von ihrer erzwungenen Wanderschaft bedeuten!

In der Aussprache meldete sich auch Hans zum Wort.

„Liebe Kollegen!“ begann er — da sah er plötzlich die Hunderte auf ihn gerichteter Augen und hatte alles vergessen, was er sagen wollte. Eine kurze Pause entstand. Dann gab sich Hans einen Ruck.

„Liebe Kollegen, an dem, was der Redner gesagt hat, habe ich wenig auszu setzen. Es mag wohl im großen und

ganzen stimmen. Vielleicht denkt Ihr verwundert, was der junge Dachs schon wissen könne. Aber ich bin in langer Fahrt vom Norden Deutschlands nach dem Süden gewandert und habe mancherlei erlebt. Ich denke also, daß ich dem, was der Redner gesagt hat, etwas hinzufügen darf. Ich habe nämlich gefunden, daß die Landstraßenleute ein besonderes Volk sind und daß es nicht immer nur die wirtschaftliche Not ist, die sie das Wandern lehrt, sondern, wenn man so sagen darf, ihre Natur. Ein jeder Mensch hat etwas, was er besonders liebt, seinen Acker, seinen Garten, seine Familie oder seinen Beruf. Nun habe ich den Eindruck, daß die Landstreicher das alles auch nicht verachten, die anderen, die das haben, sogar darum beneiden — aber über alles lieben sie die Freiheit und die Wander-schaft. Gewiß, das müssen sie bitter büßen, doch sie nehmen es mit in den Kauf zu hungern, zu frieren und ver-sorgt zu werden, um ihrer Natur treu zu bleiben. Daß viele von den Menschen, die heute die Landstraße bevölkern, froh wären, wenn sie in die schöne Ordnung einer freien Gesell-schaft einmünden könnten, glaube ich ohne weiteres, aber eben so fest bin ich überzeugt, daß sich ebenso viel dafür bedanken würden. Wenn ich ehrlich sein soll, muß ich bekennen, daß ich unter den Landstreichern genug Leute gesehen habe, die angenehmer und edler waren als die meisten der ordentlich lebenden Bürger. Es ist recht und gut, daß man die Welt ordnen will. Besonders die Dinge müssen gerecht geordnet werden, aber der Mensch wird sich nur bis zu einem gewissen Grade „ordnen“ lassen; denn jeder Mensch ist anders. Der Redner hat das Wort Erlösung gebraucht. Ich will nicht behaupten, daß er das Wort nicht richtig versteht, aber es wird viel mißverstanden. Erlösung heißt Lösung des Menschen aus dem Zwange, und die Landstreicher sind in dauernder Flucht vor dem Zwange der ungerathenen bürgerlichen Gesellschaft. Doch ich fürchte, daß sich ein großer Teil von ihnen auch dem Zwange einer wirtschaftlich gerechten Gesellschaft gleichfalls entziehen wird. Ich sehe, daß der Hauptredner die Achseln zuckt, was für mich bedeutet, daß er mir recht gibt: der Mensch ist eine unbekannt große, darum wird sich eine Ordnung, die ihn einbezieht, ihn also glücklich machen will, nie errechnen lassen. Ordnung und Freiheit sind Freunde. Vielleicht gibt es einmal einen geschickten Ausgleich, bei dem ein gewisses Maß von Freiheit garantiert und umgekehrt — aber man wird mit Außenstehern rechnen und sie dulden müssen. Da die „ordent-

lichen“ Menschen in der Mehrheit sind, so werden die anderen nicht gefährlich werden, doch dürfen, was wahrscheinlicher ist, die Ordnungsmenschen auch den anderen nicht gefährlich werden; denn vor Gott sind alle gleich . . .“

In der Versammlung lachte jemand. Hans wurde rot im Gesicht und trat ab. Die Versammlung hatte seine Rede ruhig mit angehört, aber der Beifall blieb vereinzelt. Thomas Westmann, der Hauptredner, erklärte im Schlußwort, das, was Hans ausgeführt habe, sei wohl des Raadtenens wert. Als Hans dem Ausgange zustrebte, sah sie ihn Thomas Westmann an der Schulter.

„Wir hocken uns noch ein Wellchen zusammen, Genosse Onfreder . . .“ Sie suchten in der Wirtsstube des Volkshauses eine stille Ecke. Westmann wollte viel von Hans wissen, er ließ sich auch die gedruckten Arbeiten zeigen. „Ich möchte dir einen Vorschlag machen, Onfreder, nicht nur, weil ich Gefallen an dir gefunden habe, sondern auch um deinetwillen. Ich halte nämlich dafür, daß du wieder einmal festen Boden unter den Füßen erhalten mußt. Darum schlage ich dir vor, mit mir nach München zu fahren, wo es mir ein leichtes ist, eine angenehme Arbeit für dich zu verschaffen. Du wirst dort auch einen Kreis von Menschen treffen, in dem du dich wohl fühlst. Hast du Lust?“ Hans schlug ein.

Hans war übercocht, wie heimlich ihn die Stadt an-mutete, die er doch noch nie gesehen hatte. Ein müder Herbst-nachmittag vergoldete die Kuppeln der Frauenstraße. Unter den Brücken schoß das weißblaue Wasser der Jar dahin, braun, gelb und rot leuchteten die Bäume. Ein sonderbares Klängen war in der Luft, gemischt aus dem Singen des Windes, dem Gefüll des Gebirgsmössers und einer Fröhlich-keit, die allenthalben in dieser Stadt schwang. Aus den Bekereien schlug der Geruch gewürzten Brotes, aus den Gost-stätten der des Bieres, dazwischen der Duft des sterbenden Laubes — dazu die derben Laute des Dialekts, die ehrbare Dämmerung alter Bürgerstrahlen: man sog die Stadt mit allen Sinnen ein. Draußen, im Vornelände, wo das Rauschen der Jar am stärksten vernehmbar ist, wohnte Thomas Westmann. Er winkte zu einem Balkon hinauf, wo zwischen Bohngengerant seine junge Frau mit dem Kinde saß.

(Fortsetzung folgt.)

Maßstab Dalsage aus, daß die Angeklagte groß fahrlässig gehandelt habe, im angehefteten Zustande mit einer geladenen Schusswaffe zu spielen. Das Gericht ging über seinen Antrag, der auf 9 Monate Gefängnis lautete, noch hinaus und verurteilte die Hantel zu 10 Monaten Gefängnis.

Der Roman als Diebesversteck.

Wiederholte Hausdiebstähle in einem tiefen großen Weid veranlaßten zu einer verstärkten Kontrolle. Alle dort aus- und eingehenden Arbeiter und Angestellten wurden daraufhin untersucht, ob sie in ihren Kleidern Diebesgut versteckt hielten. Den Kontrollleuten war es nun aufgefallen, daß ein in dem Werk beschäftigter Arbeiter Ulrich immer mit einem dicken Buch zur Arbeitstafel kam und es mit diesem unter dem Arme auch wieder verließ. Das erregte den Verdacht der Kontrolleure und Ulrich mußte diesen, wenn auch wider Willen, das Buch zeigen. Es war ein Roman „Der Glöckner von Notre-Dame“, der aber nur noch die ersten 10 Druckseiten enthielt. Der übrige Raum des dickleibigen Bandes war ausgehöhlt und enthielt nicht weniger als 1 1/2 Kilogramm Kupfer. Weil angenommen werden mußte, daß der Angeklagte das Romanbuch dauernd als Diebesversteck benutzt hatte, wurde in der Wohnung eine Durchsuchung vorgenommen, trotz eifriger Suchens aber nichts gefunden. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Frau einen Kasten mit gestohlenem Kupfer, etwa 20 Kilogramm bei einer Nachbarin untergebracht hatte. Dieser Kasten und der „Glöckner von Notre-Dame“ wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Herunter damit!

Monarchische Hoheitszeichen haben nicht nur an öffentlichen Gebäuden sich in das vierte Jahr der Republik — wie zum Hohn auf sie — beschaupt. Auch an privaten Gebäuden findet man mitunter „Schmüdende“ Statuen die wie eine dreifache Demonstration auf die verfallene Monarchie wirken.

In Schöneberg kann man an dem Hause Siegfriedstraße 2 einen „Sinnpruch“ lesen, der durch seine Betonung unbestimmter Herrscherwelt schon in der monarchischen Zeit ein Skandal war. In der Straßensicht des Hauses über den Fenstern des dritten Stockwerks stehen Studierzimmer mit der weithin sichtbaren Aufschrift „Regis voluntas suprema lex“. Dieses Wort, das einmal Wilhelm II. aus krankhaftem Hochmut in München in das „Goldene Buch“ der Stadt eintrug, heißt auf Deutsch: „Des Königs Wille das höchste Gesetz“. Es ist ein abscheuliches Gegenstück zu dem Wort „Populi calus suprema lex“, das im alten Rom der Republikaner Cicero in seiner Schrift „Ueber die Gesetze“ gerügt hat. „Populi calus suprema lex“ bedeutet: „Des Volkes Wohl das höchste Gesetz“, und der Zusammenhang ergibt, daß Cicero die Staatslenker mahnt: „Des Volkes Wohl soll das höchste Gesetz sein“.

Wie war es möglich, daß die absolutistische Umkehrung des republikanischen Grundgesetzes zum „Schmud“ eines Privathauses wurde? Das als Wohnhaus gebaute Haus Siegfriedstr. 2 war eine Reihe von Jahren hindurch vom Militär als Kaserne benutzt worden, nach der Revolution aber wurde es seinem ursprünglichen Zweck zurückgegeben. Man darf wohl ohne weiteres die Zusammenhang der herausfordernden Aufschrift mit der Militärzeit des Hauses annehmen. War diese „Schmüdung“ des Gebäudes auf „Des Königs Wille das höchste Gesetz“ zurückzuführen, der den dafür Mahngeschehen als „oberstes Gesetz“ galt? Heute hat kein König mehr und kein Militär über das Haus zu bestimmen. Das Haus gehört einem Privatmann, doch soll der Verwaltungsbefehl Schöneberg ein Rückbauverbot haben. Verwaltet wird es von dem Wohnungsamt Schöneberg. Herunter jetzt mit der Aufschrift!

Millionendiebstahl bei einem russischen Staatsrat.

Eine schmerzliche Entdeckung machte gestern die Familie des russischen Staatsrates Permoff, als sie, von einem Besuche zurückkehrend, ihre Wohnung in der Zimmerstr. 7/8 aufsuchten. Die ganze Familie war am Mittwoch bei einer befreundeten Familie in Zehlendorf zu Besuch und hatte dort auch übernachtet. Die Wohnung in der Zimmerstr. im zweiten Stockwerk war unterdessen ohne Aufsicht. Viele Gelegenheiten hatten Einbrüche, die auch über genaue Ortsterminale verfügt haben müssen, ausgerückt. In den Schließgeräten und Privaträumen des Staatsrates hielten sie gründlich umsehen. Aus den Schränken und Behältern, die sie zum Teil gewaltsam erbrachen, stahlen sie das ganze Taschengeld für 24 Personen, alles schweres englisches Silber mit englischem Firmenstempel. Außerdem stahlen sie ein silbernes Taschentuch, ein japanisches Teeservice, verschiedene japanische Seidenmützen und Kleider, feststehendes Velour und äußerst wertvolle Schmuckstücke. Unter den Diebstählen befinden sich ein kostbarer Seapeltz mit dunkelrotem Futter, ein Zobelumhang, ein Chinahäufchen und — muß, ein aus vier Zobelstücken bestehender Kragen, ein zweiter aus acht bis zehn Stücken zusammengefügter Kragen mit rot-schwarzem Futter. An borem Gelde nahmen sie 22 rotachtempernte Laufendmarktscheine mit. Für die Wiederherbeschaffung ist eine Belohnung von 200 000 Mark ausgesetzt worden.

Tumult auf dem Rentföhrer Wochenmarkt.

Auf dem Rentföhrer Wochenmarkt am Raybach-Ufer kam es gestern mittag zu erregten Szenen, als die lautende Bevölkerung die großen Preisunterschiede für ein und dieselbe Ware feststellte und ferner bemerkte, daß sich die Preise fast ständig erhöhten. Infolgedessen ging die Menge gegen den Inhaber eines Kaffeehandels vor, der deshalb von der Polizei in Schutzhaft genommen wurde, während ein Kommando von einigen Beamten für Ruhe sorgte. — Die in einem gestrigen Berliner Abendblatt enthaltene Nachricht, wonach „zahlreiche Stände gestirmt“ worden seien, wird uns von amtlicher Stelle als völlig unzutreffend bezeichnet.

Pföhrchen im Hinterzimmer.

Von den zuständigen Behörden ist in der letzten Zeit mehrfach beobachtet worden, daß Inhaber von Schauf- oder Vergnügungsalen einzelne Teile ihrer Lokalitäten abgetrennt und darin Pföhrchen, Bars oder Dielen eingerichtet haben. Nach den bestehenden Vorschriften ist jede Einrichtung eines neuen Schaufbetriebes der Genehmigung nach der Gewerbeordnung unterworfen.

Der Stadtschöffenrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, verordnete Stanzsiegelumgebungen einer näheren Prüfung zu unterziehen. Auch die Polizeibehörden werden angewiesen werden, auf verbotene Gezeübertretungen besonders zu achten.

Afghanistan in Berlin.

Afghanistan, von Indien, Persien, Turkestan und China umgrenzt, ein Land, das uns infolge seiner Entfernung ziemlich fremd blieb, hat jetzt in Berlin eine eigene Vertretung. Die hat in Westend, Alhornallee 40-41, ihr Heim eingerichtet. Kürzlich wurde nun, zum erstenmal in Deutschland, auf dem Gesandtschaftsgebäude die afghanische Fahne gehißt. Das ging unter einer gewissen Feierlichkeit vor sich, denn diplomatische Vertreter und Mitglieder der hiesigen mohammedanischen Kolonie waren dabei anwesend. Nach Hisung der Fahne wurde „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt. Die afghanische Fahne ist ganz gegenständlich gehalten; sie zeigt auf schwarzem Grunde eine weiße Moschee, die von den Strahlen eines weißen Sternes umgeben ist. Der afghanische Geschäftsträger, der seine Rede in persischer Sprache hielt, betonte, daß die Freundschaftsbände zwischen beiden Ländern noch fester geknüpft werden müßten und wies die Hoffnung aus, daß demnächst ein deutscher Gesandter in Kabul seinen Sitz aufschlagen würde. Kabul ist, wenn man sich auf der Reise nicht die geringste Ruhepause gönnt, in 25 Tagen von Berlin aus zu erreichen. Für gewöhnlich aber fährt man länger, da der Reisende sich meistens in Bombay, Marseille und Paris etwas Rast gönnt.

Das Gartenlager, das schöne Wetter und die Eigenartigkeit der Gäste hatten viele Schaulustige angelockt, die als Zaungäste der Feier beizuhören. Als der Hauseingang von neugierigen Kindern gar zu arg bedrängt wurde, sagte gutmütig ein Berliner: „Geht hier doch weg, was die sprechen, könnt ihr doch nicht verstehen.“ Was ja nun freilich die Hoffnung nicht ausschließt, daß wir, trotz aller Sprachunterschiede, zu einer Verständigung mit allen Völkern kommen.

Der 1. September und die Eisenbahn. Von heute ab treten auf den deutschen Reichsbahnen die neuen Tarifhöbungen im Güter-, Tier-, Stückgut- und Gepäckverkehr in Kraft, durch die die bisher geltenden Sätze um weitere 50 Proz. heraufgesetzt werden. Infolge der Tarifhöbung war auf fast sämtlichen Berliner Innengüterbahnhöfen ein lebhaftes Treiben als sonst zu beobachten. Gestern in den Vormittagsstunden war der Auflieferungsbetrieb auf einigen Bahnhöfen so stark, daß die Fuhrwerke in langer Reihe vor den Bahnhöfen anstanden und auf Abfertigung warten mußten.

Angestellterklärung der Hundesteuermarken für das Steuerjahr 1921. Die Hundesteuermarken für das am 31. März 1922 zu Ende gegangene Steuerjahr verlieren mit Ablauf des 14. September 1922 ihre Gültigkeit. Vom 15. September 1922 ab sind die mit solchen Marken versehenen Hunde gegen die Beschlagnahme durch die polizeilich befähigten Finanzbeamten nicht mehr geschützt. Die Besitzer steuerpflichtiger Hunde werden daher ersucht, sich rechtzeitig vor dem 15. September 1922 bei der Steuerkasse ihres Bezirkes gegen Zahlung der Steuer eine neue Marke zu lösen.

Die ausgebliebenen Schöffen. Die Reiselust, die trotz der hohen Fahrpreise und der geradezu unerträglichen Wohn- und Verpflegungskosten in diesem Jahre häßlich ist, macht sich auch bei den Gerichtsverhandlungen bemerkbar. Fast täglich müssen vor den Revisionskammern Verhandlungen ausfallen, weil Angeklagte oder Zeugen fehlen. Am Donnerstag mußte aber sogar die ganze Sitzung des Vudergengerichts ausfallen und die erschienenen Parteien mußten nach Haus geschickt werden, weil die Schöffen nicht erschienen waren. Es müssen daher neue Termine angesetzt werden.

Lebendig verschüttet. Ein schwerer Unfall beim Spielen ereignete sich gestern auf einem Spielplatz in der Nähe des Bahnhofs Kammelsburg. Ein 13jähriger Schüler Prom. zerschlug aus der Porphyrer Straße hatte dort eine tiefe Erdhöhle ausgegraben. Als er in der Tiefe auf Grundwasser stieß, stürzten die Wände der Höhle ein und begruben den Knaben unter sich. Spielgefährten holten Schupoamate herbei, die aber nur noch die Leiche des Kindes zutage fördern konnten.

Zusammenstoß zweier Kohlenzüge. In der Nacht zum 20. d. M. stießen auf dem Bahnhof Niklai bei Benthien in Obersachsen zwei mit Kohlen beladene Güterzüge zusammen. Der Hilfschaffner Walter erlitt Verletzungen am Unterleib und der Lokomotivführer Stroka innere Verletzungen. Beide fanden im Krankenhaus Nikolai Aufnahme. Die Schuld trifft den Lokomotivführer, der sich vor der Abfahrt entfernt hatte. Er ist seitdem kündigt. Mit angedeuteten der Presse verbreiteten Nachrichten sind folgend.

Groß-Berliner Parteinarichten.

- 7. Kreis, Charlottenburg, Sonnabend, den 2. September, 7 Uhr, Funktionärskonferenz im Rathaus, Zimmer 2.
- 8. Kreis, Wedding, 17, 18, 19 und 22. St. Freitag, den 1. September, 7 Uhr, Sitzung familiärer Elternbeiräte in der 103. Gemeindefabrik, Müller-Edz. Tischstraße, Zimmer 4. Mit Ausnahme der 10, 105, 108, und 110. Schule.
- 11. Kreis, Schöneberg-Weidenau, Freitag, den 1. September, 7 1/2 Uhr, im Weidenauer Markt, Friedmann, Handbrötchen, 88, wichtige Wochenbesprechung. Mit persönlicher Erörterung nach Beenden.
- 9. Kreis, Mühlentempel, 24. St. Sonnabend, angelegte Kreisvorstandssitzung (11) besonderer Gründe wegen aus.

Heute, Freitag, den 1. September:

- 11. St. 7 Uhr wichtige Funktionärskonferenz bei Torgler.
- 29. St. 7 Uhr bei W. Burg, Prenzlerwiese 109, dringende Sitzung der Parteifunktionäre.
- 3. Kreis, Gruppe Kottbus, 7 1/2 Uhr Schule Kottbuscher Str. 2-4, Vertretung des Genossen Kurt Wagner über: „Partei und Jungpartei“. Die Genossen der 14, 15. und 16. Abteilung sind hierzu eingeladen.

Morgen, Sonnabend, den 2. September:

- 6. St. 8 Uhr außerordentlich wichtige Funktionärskonferenz bei Drobosch, Schweinmühler Straße 11.
- 12. St. 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Schacht, Wicelstr. 17.
- 13. St. 7 Uhr bei Feldert, Lüderer Str. 6, Sitzung der Parteiführer und Parteivorstandsmitglieder.
- 17. St. 7 Uhr Schulhof Torgler Straße, wichtige Besprechung städtischer Parteiführer.

- 15. St. 7 Uhr außerordentliche Parteivollversammlung bei Hochheim, Poststraße 82, sehr wichtige Mitteilungen.
- 22. St. Zur Entgegennahme wichtiger Mitteilungen treffen sich alle Genossen 8 1/2 Uhr bei Hodjan, Brückler Straße 43.
- 24. St. 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Schül, Fehlferr. 2. Sämtliche Parteivorstandsmitglieder und Parteiführer sind eingeladen. Sehr wichtige Tagesordnung.
- 27. St. 7 1/2 Uhr Fortbildungsschule Langestr. 31, Eingang 4, Zimmer 33, politische, außerordentliche Funktionärskonferenz. Wichtige Tagesordnung.
- 33. St. Nachmittags 5 Uhr außerordentliche Funktionärskonferenz bei Müller, Kapitolstr. 8. Sämtliche Funktionäre müssen erscheinen, da sehr wichtige Tagesordnung.
- 34. St. 7 1/2 Uhr bei Theobald, Eitauer, Ecke Graubener Straße, Funktionärskonferenz.
- 38. St. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1, wichtige Beschlüsse.
- 51. St. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker-Str. 6, Funktionärskonferenz.
- 84. St. Sonntag, Die „Friede Turnerschaft Rantwih“ lädt alle Parteimitglieder zum Gedenkmahl in Fennips Festhölle, Richterfeld, ein.
- 86. St. Marienpark, 8 Uhr im Lokal von Riendorf, Chausseestraße, wichtige Funktionärskonferenz. Persönliches Erscheinen unbedingt erforderlich.
- 108. St. Köpenick, 8 Uhr im Jüdenheim, Erlener Str. 3, wichtige Funktionärskonferenz. Sitzungsnahme zu unseren Dienstpostitionen.
- 29. St. Sonntag, den 3. September, Familienausflug nach Hagensdorf, Treffpunkt 8 1/2 Uhr vor dem Potsdamer Ringbahnhof. Hochzügler Strandgolfplatz Hagensdorf.
- 40. St. Sonntag, den 3. September, Familienausflug nach Hagensdorf, Treffpunkt 9 1/2 Uhr Bahnhof Nordstraße. Hochzügler Strandgolfplatz Hagensdorf.

Jugendveranstaltungen.

Achtung! Die Teilnehmer an der Vorkonferenz lernen Freitag, den 1. September, in der Turnhalle Stallfreiheitstraße.

Sport.

- Rennen zu Karlshorst am Donnerstag, den 31. August.**
 - 1. Rennen. 1. Derlonier (Schneider), 2. Hopps (Bousoff), 3. Bolshai (Tschil). Toto: 44:10, Platz: 16, 13, 16:10. Ferner liefen: Gudrun, Altinama (sel.), Kurjelbaum (angeh.), Landratte (ausgedr.), Nioland (sel.), Prager (ausgedr.).
 - 2. Rennen. 1. Karnal (Graf Bork), 2. Steinberger (Prinz Bleh), 3. Rosenlöwe (v. Westernhagen). Toto: 74:10, Platz: 24, 20, 27:10. Ferner liefen: Khepner, Nivali (sel.), Trompeter II, Ciemer (angeh.), Tullhörn.
 - 3. Rennen. 1. Gers (Krauslein), 2. Paulus (Bismarck), 3. Rafford (Graf Bork). Toto: 20:10, Platz: 13, 16:10. Ferner liefen: Kabbotte, Oßbach, Bender.
 - 4. Rennen. 1. Glattfeld (Bismarck), 2. Weiserscheide (B. Demid), 3. Bolt (Eich). Toto: 23:10, Platz: 17, 20:10. Ferner liefen: Paul, Eid (ausgedr.).
 - 5. Rennen. 1. Post (v. Voilkenberg), 2. Schwerenöcher (Graf Bork), 3. Wolpato (v. Westernhagen). Toto: 81:10, Platz: 17, 33, 15:10. Ferner liefen: Top Tula, Roberich, Willehart, Reichsgräf.
 - 6. Rennen. 1. Trugtschuk (Boromski), 2. Solana (Müller), 3. Tall (B. Demid). Toto: 104:10, Platz: 27, 22, 18:10. Ferner liefen: Lurmwahl, Jochiola, Derycki (ausgedr.), Bawe, Verbi, Welcome Witz, Kordler, Diamant (Hohenberg), Gimado, Burggritter, Baron Clemens.
 - 7. Rennen. 1. Roda (Einfinger), 2. Granoja (Kalk), 3. Vozhish (Krausle). Toto: 29:10, Platz: 17, 54, 47:10. Ferner liefen: Gehalnd, Tagobert, Amporte, Bernied, Geule, Kirche, Kudemähle, Schade, Veofelt.

Die Treue der Vorwärtsleser

Gestern schrieben wir im Zusammenhang mit dem Tod der „Täglichen Rundschau“: „Die Arbeiterpresse hat keine Auslandszweige zur Auspostierung ihres Etats, sie baut nur auf die Treue und politische Einsicht ihrer Anhänger, kann sie sich da täuschen?“ Darauf antwortet die „Deutsche Tageszeitung“ wohl etwas ärgerlich wegen der Untreue ihrer Abonnenten:

„Die letztere Frage wird man verneinen müssen, wenn man in Betracht zieht, daß der „Vorwärts“ in der Lage gewesen ist, seinen Lesern die letzten Erhöhungen des Abonnementspreises in gleichem Umfang zuzumuten, wie es die übrige Presse tun mußte, ohne daß er einen empfindlichen Rückschlag erlitten hat. Darin kommt die Opferwilligkeit der Arbeiterschaft für die ihren Interessen dienende Presse zum Ausdruck.“

Sachlich müssen wir zu der obigen Bemerkung feststellen, daß der „Vorwärts“ mit seinen Erhöhungen des Abonnementspreises weit hinter allen bürgerlichen Blättern gleichen Ranges zurückgeblieben ist. Im übrigen rechnen auch wir damit, daß die bisherigen Leser dem „Vorwärts“ unter allen Umständen die Treue halten. Der „Vorwärts“ dient ihnen und der sozialdemokratischen Sache, der „Vorwärts“ schützt die Republik. Jetzt gibt es nicht nur Abonnent zu bleiben, es müssen

neue Leser gewonnen

werden. — Man benutze den anhängenden Bestellzettel.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seit. nll. — Tr. links — rechts

bei _____

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!

Theater, Lichtspiele usw.

Komödienhaus
Ab Sonnabend täglich:
Das erfolgreiche Lustspiel

Karussell
mit **Maria Orska**
Ernst Karchow
Arthur Schröder

Theat. a. Kottbus. Tor
Moritzplatz 140/77
Jeden Abend 7 1/2 U.
und Sonntag nachm.
3 Uhr
ELITE-Sänger
Volkspreise!
Vorhrl. 11-1/2 u. 4-6

Urania
8 Uhr
Einstein-Film

Casino-Theater
8 Uhr: Die Berliner Frau
Lämmelmanns
Bummelfahrt

Suche zur Selbstverwertung
Edelsteine und Edelmetalle
zu höchsten Preisen
G. Schliephacke, Juwelier
Friedrichstraße 210
Ecke Kochstraße.

Magnum
erlangen größere
Bestände, volle
Formen und blü-
hendes Aussehen
durch Venlos-
Wasser 2. 50-
oder Venlos-
Pillen 2. 65-
Ottobach, Nr. 4
50, Hauptstr. 1.

Gelegenheitskäufe in Bettwäsche (spottbillig): Bettbezüge, Linnen, Dimitt, Tomack, Rüden, Sandbücher, Wäschehülle, Hemden, Beinkleider, Kiefernbaumhülle, Teppiche, Gardinen, Kränze, Dinnan, Decken, Tischdecken, fertige Betten, keine Kommodenware. Nur im Pflanzhof, Leibhaus Moritzplatz 50.

Winterrmäntel, Neuheiten, 1922, herfarbige, dunkelfarbige, Robestillfäulwälder, Koflme, Röde, reinwollene Strickjumper, Kiefernbaumhülle, direkt Werkstoff, Wittmann, Rosenbalerstraße 44 III, Ostseebadmarkt.

Kauf Teilzahlung, Neu eröffnet, Herren-Garderobe, Damen, Cutawans, Roglans, Schilfer, Ersatz für Arbeit, Neuware, direkte Teilzahlung, Gebr. Gottlieb, m. S. S., an der Schloße 1a (Nabe Schloßplatz und Ostseebadmarkt), geöffnet 9-7.

Kaufje, Sommerpaletots, Sommerkleider, Covercoats, Cutawans, Gehrocken, Hosen, Damenmäntel enorm billige Preise, Friedensstraße, keine Kommodenware, Leibhaus Rosenbalerstr. 44/45, Ecke Rosenbalerstr.

Kaufje, Kleinfabrik, sämtliche Kleider, spottbillig, Sommerpaletots, keine Kommodenware, Leibhaus Rosenbalerstr. 44/45, Ecke Rosenbalerstr.

Kaufje, Gummimäntel, Winterrmäntel, Damenmäntel spottbillig Leibhaus, Reinholdenstraße 105 (Reichsbankplatz), keine Kommodenware.

Kaufje, Pelzwaren spottbillig, Leibhaus, Reinholdenstraße 105 (Reichsbankplatz).

Kaufje 2000, geblendet, Nord, Kleinfabrik sowie Rohstoffe, außerordentlich billig veräußert, Zeit, Hollenbeckplatz, Eingang Moosstraße 11.

Geschäftskäufe
Hilfslage (siehe Geschäftsverläufe), Grundstücke durch Degen, Hauptstraße 116, Kaufhaus Nordend 62.

Verschiedenes
Rechtsanwälte Gustav, Arzt zur Ecke, Schwarme Oph, Neue Hauptstraße 21 (Alexanderstraße).

Rechts-Spezialist für Rechts- und Wohnungsgeschäfte (Rechtsanw., Wohnung, Schlichter), Gerichtstraße 21 (Reichsbankplatz).

Gpernhaus
8 Uhr:
Bohème

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Peer Gynt

Deutsch. Theat.
8 Uhr: Das Glas Wasser
Sonnabend 8: Das Glas Wasser

Kammerspiele
7 1/2: Tartuff, Ein Heiratsantrag
Sbd. 7 1/2: Die Jungfer vom Bischenberg

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2: Orpheus in der Unterwelt
Sbd. 7 1/2: Orpheus in d. Unterwelt

Theater i. d. Königgrätz. Str.
8: D. wunderbar, Geschichten des Kapellm. Kreistler

Komödienhaus
8 Uhr: Karussell

Berliner Theat.
Voraustrage:
Sonnab. 8.3. Premiere
Sonntags
Operette v. Schwanitz und Weisch,
Musik von Leo Fall,
Fritz Massary, u.
R. A. Roberts, L. Wirt,
L. Moska, Carl Kader,
E. Bohmer, R. Gold,
Lena Schütz.

Central-Theater
8: Ein Prachtmädel
Deutsch. Opernhause
7 Uhr: **Lohengrin**
Friedrich-Wilhelm Th.
8 U.: Wie feste ich meinen Mann
Große Volksoper
im Theat. d. Westens
7 1/2: Der Freischütz
Intimes Theater:
8: Die Pelische und?
— Lauf doch nicht immer nackt herum
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Schule der Kokotten
Metropol-Theater
7 1/2: Die Bajadere
Neues Operett.-Th.
7 1/2 U.: Die tolle Lola
ron Hugo Hirsch
Neues Th. am Zoo
8 U.: **Scampolo**
Neues Volkstheater
7 1/2: Die erste Gelbe
Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: Götz von Berlichingen
Thalia-Theater
7 1/2: Prinz Don Juan
Th. a. Hollendorpl.
7 1/2 U.: Dein Mund...
St. 7 1/2: Vette aus Singspiel
Theat. an Karlshofen
Hauptstr. 208
8 Uhr: Die kleine Söderia
Theat. i. d. Kommandant. Str.
8: Liebe u. Trompetenblasen
Wallner-Theater
8 Uhr: D. keusche Lebewohl
m. Guido Thielischer

Lessing-Th.
Sommerzeit:
Allabendl. 8 Uhr:
Der Schildpattkamm

Geat. Künstler-Th.
Sommerzeit:
Allabendl. 8 Uhr:
„Die erste Nacht“

Volkshühne
7 1/2 Uhr:
Verschwendter

SCALA
Tögl. 8 Uhr
Internat.
Sonntag 3.30 zu halben Preis, das volle Programm

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
5 U.: Die erste Nacht
7 1/2: Die Liebesprobe

Berliner Prater-Th.
Kastanienallee 7-9.
Persönl. Gastspiel
Bernhard Rose
Nur nicht drängeln
u. Das deutsch. Lied
Beginn 5 Uhr.

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Der Meister vom Montmartre
Offenbachs Liebeslied.

WINTERGARTEN
Wegen der Reichhaltigkeit des neuen Programms
Beginn der Vorstellung bereits
7 1/2 Uhr

Sonntag, d. 3. Sept.
Wiederbeginn der Nachmittags-Vorstellungen
Anfang 3 1/2 Uhr
Rauchen gestattet!



Auf, nach Amerika!

Betrachten Sie die grossen Gebäude, die schönen Hotels und die prächtigen Avenuen, segeln Sie den Hudson hinauf und verbringen Sie eine Nacht in einem Berglager! Besuchen Sie das historische Boston und Philadelphia, überzeugen Sie sich von dem amerikanischen Unternehmungsgeist Chicagos und betrachten Sie die Industriezentren von Pittsburgh und Detroit! Fahren Sie in einem der schnellen Luxuszüge nach dem fernen Westen und sehen Sie, wie Amerika sich vor Ihnen ausbreitet! Überall wird Sie erfrischende amerikanische Gastfreundschaft und Höflichkeit erwarten.

Benutzen Sie zur Reise einen der Dampfer der United States Lines, welche ein wahrer Ausdruck sind für amerikanischen Geschmack und Bequemlichkeit. Diese amerikanischen Regierungsdampfer bieten jede Gelegenheit zur geselligen Betätigung, zur Erholung und zur Ruhe.

Regelmäßige Abfahrten von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden Dampfern.

MAESSIGE FAHRPREISE!

Wenden Sie sich an die untenstehende Adresse wegen Segellisten und Schiffsplänen Nr. 32



UNITED STATES LINES
BERLIN W8, Unter den Linden 1 — NW 40, Invalidenstraße 93
und alle bedeutenden Reisebüros

General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen.

UFA-PALAST AM ZOO
Liane Milletin

TAUENTZERN-P
Unser gemeinschaftlicher Freund

KURFÜRSTEND.
Der Taugenichts

MOZARTSAAL
Chaplin-Filme

NOLLEND.-PL.
Das verkaufte Herz

KAMMERLICHT
Othello

FRIEDRICHSTR.
Zweite Belmar

ALEXANDERPL.
Die Lüge eines Sommers

WEINBERGOW.
Labyrinth des Grauens

SCHÖNEBERG
Der Tode-reigen

HASENHEIDE 28
Die sterbende Stadt

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7 1/2 Uhr
Sonntag 3.30, halbe Preise
STETTINER Säng.
Nebenbühne
Sbd. 7 1/2

Potsdamer Str. 35
Im Glutraum
der Sings. 1. 1. 1.
Friedens, Sbd. 14
II. Teil

Turmstr. 12
Alexand.-Pl.-Pass.
Lya Mara
als: Yvette,
d. Modereprinzessin

UFA-PALAST AM ZOO
Liane Milletin

TAUENTZERN-P
Unser gemeinschaftlicher Freund

KURFÜRSTEND.
Der Taugenichts

MOZARTSAAL
Chaplin-Filme

NOLLEND.-PL.
Das verkaufte Herz

KAMMERLICHT
Othello

FRIEDRICHSTR.
Zweite Belmar

ALEXANDERPL.
Die Lüge eines Sommers

WEINBERGOW.
Labyrinth des Grauens

SCHÖNEBERG
Der Tode-reigen

HASENHEIDE 28
Die sterbende Stadt

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7 1/2 Uhr
Sonntag 3.30, halbe Preise
STETTINER Säng.
Nebenbühne
Sbd. 7 1/2

Potsdamer Str. 35
Im Glutraum
der Sings. 1. 1. 1.
Friedens, Sbd. 14
II. Teil

Turmstr. 12
Alexand.-Pl.-Pass.
Lya Mara
als: Yvette,
d. Modereprinzessin

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7 1/2 Uhr
Sonntag 3.30, halbe Preise
STETTINER Säng.
Nebenbühne
Sbd. 7 1/2

Potsdamer Str. 35
Im Glutraum
der Sings. 1. 1. 1.
Friedens, Sbd. 14
II. Teil

Turmstr. 12
Alexand.-Pl.-Pass.
Lya Mara
als: Yvette,
d. Modereprinzessin

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 (Clou) Zimmerstr. 90-91

Eröffnung der Wintersaison 1922/23
heute!

Verkäufe

Leibhaus Friedrichstraße 2 (Sollers Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schilfer, Paletots, Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Regenmäntel, Hüde aller Art, keine Kommodenware.

Wittmann, Spiegel, Hauptstraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schilfer, Regenmäntel, Sportpelze, Gehpelze, Hüde aller Art, keine Kommodenware.

Pelzwaren-Gelegenheitskäufe, Hüde und Pelze aller Art enorm billig, Geiger, Kommandantenstraße 25 II.

Ertragreiche Gelegenheitskäufe, große Auswahl, zum Teil auf Gelde, sehr billig, jede Menge pelzener, auf Lager, Franz, Smottingangstraße, Schürmann, Berliner Straße 108, Laden, Hochbahn-Quartier, Eingang Moosstraße 11.

Kaufje 2000, Nord, Kleinfabrik sowie Rohstoffe, außerordentlich billig veräußert, Zeit, Hollenbeckplatz, Eingang Moosstraße 11.

Gelegenheitskäufe in Bettwäsche (spottbillig): Bettbezüge, Linnen, Dimitt, Tomack, Rüden, Sandbücher, Wäschehülle, Hemden, Beinkleider, Kiefernbaumhülle, Teppiche, Gardinen, Kränze, Dinnan, Decken, Tischdecken, fertige Betten, keine Kommodenware. Nur im Pflanzhof, Leibhaus Moritzplatz 50.

Winterrmäntel, Neuheiten, 1922, herfarbige, dunkelfarbige, Robestillfäulwälder, Koflme, Röde, reinwollene Strickjumper, Kiefernbaumhülle, direkt Werkstoff, Wittmann, Rosenbalerstraße 44 III, Ostseebadmarkt.

Kauf Teilzahlung, Neu eröffnet, Herren-Garderobe, Damen, Cutawans, Roglans, Schilfer, Ersatz für Arbeit, Neuware, direkte Teilzahlung, Gebr. Gottlieb, m. S. S., an der Schloße 1a (Nabe Schloßplatz und Ostseebadmarkt), geöffnet 9-7.

Kaufje, Sommerpaletots, Sommerkleider, Covercoats, Cutawans, Gehrocken, Hosen, Damenmäntel enorm billige Preise, Friedensstraße, keine Kommodenware, Leibhaus Rosenbalerstr. 44/45, Ecke Rosenbalerstr.

Kaufje, Kleinfabrik, sämtliche Kleider, spottbillig, Sommerpaletots, keine Kommodenware, Leibhaus Rosenbalerstr. 44/45, Ecke Rosenbalerstr.

Kaufje, Gummimäntel, Winterrmäntel, Damenmäntel spottbillig Leibhaus, Reinholdenstraße 105 (Reichsbankplatz), keine Kommodenware.

Kaufje, Pelzwaren spottbillig, Leibhaus, Reinholdenstraße 105 (Reichsbankplatz).

Kaufje 2000, geblendet, Nord, Kleinfabrik sowie Rohstoffe, außerordentlich billig veräußert, Zeit, Hollenbeckplatz, Eingang Moosstraße 11.

Kaufje, Kleinfabrik, sämtliche Kleider, spottbillig, Sommerpaletots, keine Kommodenware, Leibhaus Rosenbalerstr. 44/45, Ecke Rosenbalerstr.

Kaufje, Gummimäntel, Winterrmäntel, Damenmäntel spottbillig Leibhaus, Reinholdenstraße 105 (Reichsbankplatz), keine Kommodenware.

Kaufje, Pelzwaren spottbillig, Leibhaus, Reinholdenstraße 105 (Reichsbankplatz).

Kaufje 2000, geblendet, Nord, Kleinfabrik sowie Rohstoffe, außerordentlich billig veräußert, Zeit, Hollenbeckplatz, Eingang Moosstraße 11.

Geldverkehr

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Lichterfeldstr. 33, Belle-Alliance-Str. 116.

Handelsgeld, Kauf, Rückzahlung, Edelmetall, Handlung, Hauptstraße 116, Postfach 116.

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Goch, Frankfurtstr. 111.

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Goch, Frankfurtstr. 111.

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Goch, Frankfurtstr. 111.

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Goch, Frankfurtstr. 111.

Geschäftsverkäufe

Vorhandene Geschäft-Einzelverkäufe nur durch Wolf, Hermannplatz 8, Reichplatz 135 40.

Geschäfte aller Branchen stets vorräthig, Wolf, Hermannplatz 8.

Gelehrter, beste Vorräte, mit Grundstück, veranschaulicht, Degen, Hauptstraße 116.

Möbel

Möbel, Bar- oder Teilzahlung, Kleinteile An- und Abzahlung, Koffert, Lagerung, Landwehr, Wälder, Straße 7 (Weddingplatz).

Chaiselongue, Chaiselongue 250.-, Koffert, Lagerung, Landwehr, Wälder, Straße 7 (Weddingplatz).

Chaiselongue 850.-, Kleinfabrik, Landwehr, Wälder, Straße 7 (Weddingplatz).

Chaiselongue 850.-, Kleinfabrik, Landwehr, Wälder, Straße 7 (Weddingplatz).

Musikinstrumente

Pianos preiswert, Klaviermacher, Ein, Brunnenstraße 35.

Klaviers 12 500.- aufwärts, Flügel 19 000.- an, Böhmen, Ringstr. 10.

Grammophone, teichlerlose, Eichen, Apparate, Triebapparat, 10 Platten, 2000.-, Seltene Gelegenheiten, Zwingers, Charlottenstr. 74-75.

Kaufgesuche

Rothfärbchen und Steinfrühen kauft Germania-Verkaufshaus, Große Frankfurter Straße 63, Ringstraße 63/64.

Fahradreifen, Einlenstraße 19, 1149/8.

Eide kauft Dener, Gollnowstr. 9.

Klaviers, Flügel, Perfectapparat, kauft bringend Dener, Volkstr. 5 (Wendlingstr. 104).

Kauf von Gold, Silber, Platin, alte Münzen, Reich, Höchstehend, „Verolima“, Rendsburger Straße 50.

Rugellager kauft höchstbillig, Oberstraße 46, Laden, 182/11.

Strickmaschinen kauft bringend Substantia, Grünwald, Bodenaußenbamm 31, Mitte Größe und Preisangabe.

Eide, Pelzwaren, höchstbillig, Strauß, Straußbergstr. 22.

Stahlampen, Elektromaterial, Werkzeugmaterial kauft Kofler, Reichstr. 15a.

Kauf Alexander Str. 30, kauft Feinwerkzeuge, Waage, Stoffe, Gardinen, Gardinen, Postkarten.

Rahmenkassens, auch schadhafte, Babow, Reichplatz 10 174.

Eide, höchstbillig! Pelzwaren, Garne kauft Wälder, Siedlungs, Georgenstraße 58, Höhe 3361.

Schulplatten-Umlauf, Rilo 150.-, Bergmannstr. 13.

Grammophone, Grammophon-Platten, auch alte, herkömliche, kauft Kofler, Markt, Zwingers, Charlottenstr. 74/75, Zentrum 1818.

Eide preiswert, Kofler, Kofler werden, Fiedlein Lichter, Reutemann, Hauptstraße 17.

Geldverkehr

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Lichterfeldstr. 33, Belle-Alliance-Str. 116.

Handelsgeld, Kauf, Rückzahlung, Edelmetall, Handlung, Hauptstraße 116, Postfach 116.

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Goch, Frankfurtstr. 111.

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Goch, Frankfurtstr. 111.

Sofort Geld, Rentenrückzahlung, Aktien, Goch, Frankfurtstr. 111.

Vermietungen

Wohnräume, Bureauräume, Kofler, Kofler werden, Fiedlein Lichter, Reutemann, Hauptstraße 17.

Mietgesuche

Wohnräume, Bureauräume, Kofler, Kofler werden, Fiedlein Lichter, Reutemann, Hauptstraße 17.

Arbeitsmarkt

Wohnräume, Bureauräume, Kofler, Kofler werden, Fiedlein Lichter, Reutemann, Hauptstraße 17.

Stellenangebote

Wohnräume, Bureauräume, Kofler, Kofler werden, Fiedlein Lichter, Reutemann, Hauptstraße 17.

Botenfrauen und Männer

Die jetzigen Boten sind bestmal in hoch als im Bot. Es stellen sofort ein folgende Anzeigen:

Kofler, Kofler werden, Fiedlein Lichter, Reutemann, Hauptstraße 17.

Tüchtige Einrichter

für Acme- und Wattig-Automaten, sowie Metallschleifer auf Kronen und Bageisen stellen sofort ein

Erich & Graetz
Berlin SO. 36, Eisenstraße 90/96

Bureaubote

Junger, sofort veranlagt.

Max Bernhardt & Co. G.m.b.H.
Friedrichstraße 50, 41/18

Barockvergoldner

saubere Unter- und Oberarbeiten veranlagt

Aug. Förster, Charlottenb., Bismarckstr. 36.

Wächter

mit 1a Referenzen

von Bureauboten für nachts und Sonntag geschult, Differenz ebelten unter K 51 an die Hauptredaktion des „Bormärkte“

Einrichter

für Pfliler- und Zorn-Head-Verfahren, sowie Revolverdräger u. Werkzeugdräger

213 stellt ein

NAG
Oberhöhenweide

Stellmacher

stellt ein

NAG
Oberhöhenweide

Lehrling

Polke & Jakobowski

Lehr- u. Bismarck-Str. 11, Berlin SW 11

Tüchtige Buchhalter

für statistische Arbeiten

sofort gesucht

Meldungen: 1-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1/2

Sieg der Ohligser Arbeiter.

Einem Redakteur eines unabhängigen Parteiblattes im Westen mit dem „Soz. Parl.-Dienst“ geschrieben:

Im Rheinland ist jetzt ein Kampf zu einem vorläufigen Abschluss gekommen, der dort und selbst über dessen Grenzen hinaus großes Aufsehen erregte und mit größter Spannung von allen Kreisen verfolgt wurde. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat, nachdem bereits vor drei Wochen das Preussische Innenministerium die Wahl des unabhängigen Reichstagsabgeordneten Paul Sauerbrey zum Bürgermeister von Ohligs bestätigt hatte, jetzt ihre Zustimmung zu dieser Wahl gleichfalls erteilt, obwohl sie vor zwei Wochen gegen den Amtsantritt ein Veto eingelegt hatte. Um diesen Posten ist von der Redaktion seit Anfang Januar 1922 ein Kampf geführt worden, wie er tatsächlich einzig in ganz Deutschland dastehen dürfte. Es lohnt sich, zur Lehre für die Arbeiterschaft, noch einmal kurz zusammengefasst diesen Kampf zu beleuchten.

Schon als die Kandidatur Sauerbrens bekannt wurde, setzte eine wütende Hege der deutsch-nationalen Presse ein. Diese Hege artete zur Groteske aus, als Sauerbrey von einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit gewählt wurde. Die Rechtsparteien stellten Hunderttausende von Wählern zum Kampf gegen unseren Genossen zur Verfügung. Protestversammlungen wurden veranstaltet und die Beamtenvereine des bergischen Landes aufgepuscht. Eine ganze Reihe überflüssiger Spitzel mußten Sauerbrey beobachten, Detektivbureaus erließen ähnliche gutbezahlte Aufträge; selbst bis in die Warner Kriminalpolizei hinein reichte das Reich der Spitzel und Verleumer. Die Spitzel kauften sich die übelsten Elemente: Zuchthäuser, Abelsbesessene, Personen, die gegen schwere Bezahlung falsche eidesstattliche Versicherungen abgaben, um sie dann dem Regierungspräsidenten zur Verhinderung der Befähigung zu übermitteln. So unzulässig es klingen mag, Sauerbrey wurde des Mordes, der Plünderung, der Raubgier, der Unterschlagung, der Beschädigung Kammerkästen und Geldkisten, der Freiheitsberaubung und sonstiger Verbrechen beschuldigt. Aber trotzdem, die Arbeiterschaft von ihrem Führer zu trennen, gelang den Verleumdern nicht. Im Gegenteil, sie stellte sich geschlossen hinter Sauerbrey, und es gelang bald, das unendliche Lügennetz aufzudecken. Die Spitzel wurden entlarvt, ihre Geldgeber bekannt und öffentlich an den Pranger gestellt, die Herkunft der gefälschten eidesstattlichen Versicherungen aufgedeckt. Ein Polizeioberwachtungsbeamter und Stadtoberwachtungsbeamter der Stadt Ohligs, führendes Mitglied der Deutschen Volkspartei, und ein führender Stadtoberwachtungsbeamter der Zentrumspartei haben sich dazu hergegeben, die Leitung des Kampfes zu übernehmen und die Lügenreden an ihre Wertzeuge auszusprechen. Sie mußten vor aller Öffentlichkeit ihre unmarxistischen Handlungen eingestehen.

Sauerbrey war bei allen diesen Verleumdungen leidet nicht in der Lage, gegen die Hebelhüter aus den bürgerlichen Reihen durch Klage vorzugehen, weil er damit seinen Gegnern in die Hände gearbeitet hätte. Sie wollten den Kampf in den Gerichtssaal verlegt wissen, um durch einen sich jahrelang hinziehenden Prozeß die Befähigung unmöglich zu machen. Das ist ihnen nicht gelungen, wie auch der Versuch schiefging, Sauerbrey bei der Befähigungsbehörde, die ein Befähigungsrecht besitzt, zu verdrängen und ihn um die Bürgermeisterstelle zu bringen.

Verleumdungspost überall. Der Direktor der „Ere Nouvelle“, Dubarry, hat einen Prozeß gegen die „Action Française“ wegen Verleumdung angestrengt, die bekanntlich vor einigen Tagen hauptsächlich die „Ere Nouvelle“ habe von deutschen Großindustriellen 50.000 Franc erhalten, um eine deutsch-französische Pressekampagne zu eröffnen. (Die „Ere Nouvelle“ ist ein linksbürgerliches Blatt, dessen Erscheinen dem Nationalen Blatt um so unangenehmer ist, als es in letzter Zeit seine Kuffage bedeutend vermehren konnte, besonders seitdem es Gailoung zu seinen regelmäßigen Mitarbeitern zählt. Red. d. „Vorm.“)

Dolani wird Senator. Dolani ist gehen worden, im Department Creuse zum Senat zu kandidieren. Er hat der Bitte entsprochen.

Der türkische Vorkampf hat auch schon Eolische den Griechen entziffen.

Der Gefängnisdirektor als Gefangener. Wohl der einzige Mensch, der abwechselnd Gefängnisdirektor und Gefangener gewesen ist, ist der frühere Leiter des großen New Yorker Staatsgefängnisses Sing Sing, Thomas Mott Osborne, der zunächst Fabrikant war und sich auf diese Weise ein Millionenvermögen erwand, hat die Kriminaljustiz von früh an als ein Siedepfand betrieben und sich zunächst aus Liebhaberei und dann als Beruf mit dem Gefängniswesen beschäftigt. Da er von dem Gedanken ausging, daß man sich nur ganz in die Seele und die Lüge eines Gefangenen versetzen kann, wenn man selbst einer gewesen ist, begab er sich nicht weniger als fünfmal ins Gefängnis und ließ sich ganz so behandeln wie alle anderen Insassen. Mit Ausnahme des Direktors mußte überhaupt niemand, daß dieser Sträfling nicht wegen eines Verbrechens hinter den Mauern des Gefängnisses sei, sondern aus freien Stücken und zu Studienzwecken. Erst kürzlich hat er eine solche „Ausbildungszeit“ im Auburn-Gefängnis, New York, verbracht und hier mit einem anderen Insassen zusammen, mit Jack Murphy, die „Wohlfahrtsgesellschaft der Gefangenen auf Gegenseitigkeit“ gegründet. Die Reformen dieser Vereinigung sind jetzt im Sing-Sing-Gefängnis zum Teil durchgeführt worden, und zwar beruhen sie auf dem Prinzip der Selbstverwaltung.

Die Sträflinge regieren sich selbst,“ erklärte Osborne einem Auswärtigen. „Sie wählen ihre eigene Verwaltung und ernennen einen Gerichtshof von fünf Gefangenen, durch den Sträflinge, die den Gesetzen des Gefängnisses zuwider handeln, nach einem „Ehrenkodex“ abgeurteilt werden. Jede Einzelheit ist aufgehoben. Mörder, Diebe, Räuber, Hochstapler und Verbrecher aller Art bewegen sich frei in den Werkstätten und den Speisräumen. Unterhaltung ist nicht nur erlaubt, sondern wird sogar gefördert. „Universitäten“ sind von den Sträflingen gegründet worden; da gibt es Unterrichtsstunden für alle Sprachen der Erde, und verschiedene Gefangene unterrichten in den Wissenschaften, die sie früher ausgeübt haben, in Jura, Medizin usw. Auch wissenschaftliches Arbeiten ist den Gefangenen gestattet. Für Unterhaltung sorgen Kinovorführungen, Konzerte und gemeinsame Gefangenenveranstaltungen; es wird auch gejagt und Sport getrieben.“ Die Erfolge dieses Systems sind nach Osbornes Angaben sehr groß. Die Grausamkeit, die das Gefängniswesen in früheren Zeiten so oft charakterisierte, ist vollkommen verschwunden und die Sträflinge fühlen sich wohl.

Schwenkronik. Im Auftrag der Berliner Staatsoper hat Prof. Hans Pöhlitz die Melodramatisierung der „Reinigung des Hais“ von Wagner in Zusammenarbeit mit dem Komponisten durchgeführt. Es ist dies das erste Mal, daß der Urheber des „Reinigung des Hais“ in Zusammenarbeit mit dem Komponisten an der Opernproduktion teilnimmt.

Die russischen Kammerdiener „Klimora“ werden in den Kammerdienern des Prinzen Luitpold ein Vorbild geben und dort „Den Schloß der Krieger“, eine Pastoralie von Arthur Schnitzler und Ernst v. Seydewitz, in der Kammersängerin Darja Fjodorowna und dem Kammerdiener Ivan Fedotowitsch und Dr. Dornel aufspielen.

Die Volkshöhle Norden Dantow erblüht, nachdem der Bühnenraum des Theaters umgebaut und mit einem neuen Aussehen sowie moderner Beleuchtung versehen worden ist, ihre diesjährige Spielzeit am 16. Oktober er. mit Goethes „Stella“.

Der Kampf gegen das Währungssehd

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Reparationsausschuss mit der von einem Kreditausschuss des Wirtschaftspolitischen Ausschusses vorgeschlagenen Entschlüsselung, betreffend die Ursachen und Folgen des Zerfalls der deutschen Währung und die zu seiner Bekämpfung anzuwendenden Mittel. Nach eingehender Erörterung wurde die Entschlüsselung mit einigen Änderungen einstimmig angenommen, die wir in ihrem wesentlichen Teile wörtlich wiedergeben.

Bei den Erörterungen über die Reparationsfrage wird gegen Deutschland immer noch der Vorwurf gerichtet, es habe mit Absicht seine Währung in Verfall geraten lassen, um sich dadurch der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen zu entziehen.

Die Hauptursache des Zusammenbruchs der Markwährung ist die immer wieder erneute Verzögerung einer der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angemessenen Regelung der Reparationsfrage mit ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen. Die deutsche Zahlungsbilanz wurde mit übermäßigen Verpflichtungen in einem Zeitpunkt belastet, wo sie durch die Abtreuung lebensnotwendiger Nahrungs- und Rohstoffgebiete, durch die Auslieferung der Handelsflotte sowie durch den Verlust der Handelsorganisationen im Ausland, durch die Ablieferung der auswärtigen Wertpapiere, durch die Pfändelieferungen von Kohlen, Holz, Chemikalien, Vieh usw. und durch Verzögerungen und Sachlieferungen bereits um mehrere Milliarden Goldmark passiv geworden war. Es ist für Deutschland unmöglich, mit seiner durch den Versailler Friedensvertrag so stark geschwächten Wirtschaft diese Passivität seiner Zahlungsbilanz zu überwinden und gleichzeitig außerordentlich hohe Leistungen an das Ausland auszuführen. Diese Auffassung wird gestützt durch die Beschlüsse der Konferenz von Genäve über die Finanzfrage, insbesondere die Entschlüsselung Nr. 7 über die Währung, die u. a. anerkennt, daß bei einigen Ländern die ungünstige Bilanz eine derartige ist, daß sie die Erreichung des Gleichgewichts im Staatshaushalt ohne die zusätzliche Hilfe einer Außenanleihe schwierig macht. Ohne eine solche Anleihe kann die verhältnismäßige Stabilität der Währung, von der der Ausgleich des Staatshaushalts durch die oben bezeichneten Mittel zu einem nicht geringen Teil abhängt, unerreichbar werden.

Es sei außerdem an die Entschlüsselung der Pariser Bankierkonferenz vom Juni 1922 erinnert, die ohne jeden Vorbehalt erklärte, daß die Stabilisierung der Währung ohne endgültige Regelung der Reparationszahlungen und anderer öffentlicher Schulden unmöglich ist.

Der Ausschuss ist der Auffassung, daß diese Meinungsäußerungen genügend Autorität besitzen, um den Vorwurf zu entkräften, das Moratoriumserlassen der deutschen Regierung entspringe nicht der Zahlungsunfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern dem Wunsch Deutschlands, sich Zahlungsverpflichtungen zu entziehen, die an sich erfüllbar seien.

Der Protest gegen die Unterstellungen Frankreichs.

Nachdrücklich und feierlich erhebt der Ausschuss, in dem alle Kreise der deutschen Wirtschaft, Unternehmer und Arbeiter, vertreten sind, gegen die Behauptung Einpruch, die Markentwertung sei durch Maßnahmen der Regierung oder das Verhalten maßgebender Wirtschaftskreise bewußt herbeigeführt worden. Er ist vielmehr der Auffassung, daß der den vorstehend angeführten gutachtlichen Äußerungen international anerkannter Sachverständiger zuwiderlaufende politische Druck auf das deutsche Volk zwangsläufig zum Zusammenbruch der deutschen Währung geführt hat und damit auch zu dem der deutschen Wirtschaft fährten muß, wenn er fortdauert. Der Ausschuss ist von der größten Besorgnis wegen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren erfüllt, die der deutschen Volksgemeinschaft aus der Markentwertung erwachsen und erblickt

die dringende Gegenwartsaufgabe in einer Festigung des Kurzes der deutschen Währung.

Hält der Währungsverfall an, so bedrohen Arbeitslosigkeit und Nahrungsmittelnot in großem Maße das deutsche Volk. Das rapide Ansteigen der auswärtigen Wechselkurse macht die Versorgung Deutschlands mit den zur Aufrechterhaltung der industriellen Tätigkeit notwendigen Rohstoffen und den zur Befriedigung des Nahrungsmittelbedürfnisses der wachsenden Bevölkerung unbedingt erforderlichen Nahrungsmitteln immer schwieriger. Der Zwang zum Export um jeden Preis muß sich darum immer stärker geltend machen und notwendig nicht nur zur Fortdauer der Verschleuderung des deutschen Volkvermögens, sondern auch zur weiteren Erodierung des internationalen Warenaustausches durch Abwehrmaßnahmen hochzitatistischer Länder führen. Unvermeidliches Ende dieser Entwicklung ist neben der zunehmenden Trübung der internationalen Ephemere und Störung der Unsicherheit im Weltmarkt schließlich aber der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, die so unjähig zu jeder Art von Reparationsleistungen wird. Ein verheerendes, vom Hunger geprägtes, als Weltwirtschaftsfaktor ausgeschaltetes Deutschland bedeutet aber aufs neue ein Hinabschieben des europäischen Wiederaufbaues, die Fortdauer der Weltkrise und Weltarbeitslosigkeit und eine ungeheure Verstärkung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, die der Zerrüttung des Kreislaufes der Weltwirtschaft entspringen.

Der Ausschuss hält die Behauptung, maßgebende, politische und wirtschaftliche Kreise in Deutschland begünstigten diese Entwicklung, für absurd und weiterer Widerlegung nicht bedürftig.

Die Mittel zur Heilung der erkrankten deutschen Volkswirtschaft müssen den Krankheitsursachen entsprechen. Vorbedingung für das Gelingen aller Maßnahmen zur Festigung des Marktkurses ist der

Ausschub der Verzählungen

und eine Anpassung der Menge und Art der Sachlieferungen an die Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie der deutschen Zahlungsbilanz. Das Moratorium soll durch Wiederherstellung des deutschen Kredits eine internationale Anleihe an Deutschland ermöglichen, als nach Meinung der internationalen Sachverständigenkonferenz und der internationalen Bankwelt unerlässliche Voraussetzung zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems und der Reparationsaufgabe.

Die Hilfeleistung auf internationaler Grundlage muß begleitet sein von Maßnahmen der deutschen Wirtschaftspolitik, die das Ziel verfolgen, das deutsche Volk zur höchsten Kraftleistung bei der Abwehr der ihm drohenden Gefahren zu veranlassen. Der tiefe Ernst der gegenwärtigen Lage macht es nach Ansicht des Ausschusses erforderlich, daß sich über alle politischen und wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten hinweg alle Stämme, Stände und Klassen des deutschen Volkes zu einer Schicksalsgemeinschaft vereinigen, die in allen Schichten der Bevölkerung eine einseitige Opferwilligkeit erweckt und fördert, die eine unerlässliche Vorbedingung für die erfolgreiche Bekämpfung der schwersten Nöte der Gegenwart ist.

Im einzelnen scheinen folgende Maßnahmen geeignet, von innen heraus die deutsche Währung zu kräftigen, wenn eine äußere Hilfeleistung damit Hand in Hand geht.

Ernährungswirtschaftliche Maßnahmen.

Für die Volksernährung im kommenden Winter bedeutet der Währungsverfall eine große Gefahr. Die in diesem Jahre geringere Getreideernte macht erhöhte Zufuhren aus dem Auslande notwendig. Ob eine bessere Kartoffelernte einen Ausgleich für den

Ausfall an Getreide bieten wird, läßt sich bei der unbestimmten Weltlage noch nicht voraussehen. Ein erheblicher Rückgang der Schweinezucht beeinträchtigt die Fleisch- und Fettversorgung. Bei dem augenblicklichen, durchschnittlich unter den Gewohnheiten der Vorkriegszeit stehenden Ernährungsstand des deutschen Volkes lassen sich nennenswerte Ersparnisse durch Verbrauchseinsparungen nicht erzielen. Für die nötigen Nahrungsmittelzufuhren sind die Devisen daher zu sichern, daneben ist der Verwendung der heimischen Ernte die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Als die Deckung des Bedarfs und die zweckmäßigste Verwendung der Ernte fördernde Maßnahmen werden beispielsweise empfohlen: Unterstufung der Bestrebungen durch Lieferungsverträge zwischen Erzeugern und unmittelbaren Verbrauchern sowie deren Organisationen die Kartoffelerzeugung zu erleichtern und zu verbilligen; Fernhalten aller überflüssigen Zwischenlieder, wie der Aufkäufer von Gemeinden, Berken und Betriebsräten vom Kartoffelmarkt; Einwirkung auf die Gemeinden, damit sie Massenpreiseinrichtungen vorbereiten; Einfuhr von Gefrierfleisch; Prüfung der Frage, ob eine höhere Ausmahlung des eingeführten Getreides vorzuziehen ist; Ergreifen aller Maßnahmen, die der zum Herbst drohenden Transportkrise mit ihren katastrophalen Folgen für unsere Kohlen- und Lebensmittelversorgung entgegenwirken. Für besonders gefährdete Bevölkerungsklassen wie Sozialrentner und dergl. sind Sondervergünstigungen zu gewähren.

Der Verbrauch ist so zu beeinflussen, daß weniger lebensnotwendige oder gar überflüssige Verwendungszwecke erst Berücksichtigung finden, wenn die elementaren Bedürfnisse befriedigt sind. Zu Speisezecken verwendbare Kartoffeln sollen erst zu Spiritus verbrannt werden, wenn für die menschliche Ernährung genügend Kartoffeln gesichert sind; aus der Zukererte ist zunächst der Bedarf von Mund- und Nahrungszucker im Haushalt zu decken, ehe gestottet wird, Zucker zur Mäde, Konfitüren- und Schokoladenfabrikation zu verwenden. Mit den härtesten Mitteln ist aller überflüssiger Luxuskonsum, der in Zeiten wie den gegenwärtigen die Volkswirtschaft verdirbt, die Volksmoral gefährdet und im Aus- und Inland ein falsches Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit und den Entbehrungen der großen Masse des deutschen Volkes gibt, zu unterdrücken. Der Ausschuss von Schnaps und Champagner in öffentlichen Lokalen sollte sofort verboten werden. Die beschämend hohe Zahl der Alkoholverbraucher, Bars, Dienen und Schenkmuttergaststätten ist durch zweckentsprechende Besteuerung, durch schärfere Handhabung der Konzeptionserteilung und -erziehung, gegebenenfalls auch durch Verbotbestimmungen herabzubringen. Sollten die örtlichen Behörden hierbei versagen, so haben die zentralen Organe entsprechende Anordnungen zu treffen.

Bei der Beurteilung dieser Frage ist vor allem die schädliche Einwirkung auf die sittliche Kraft unseres Volkes, die von derartigen unzeitgemäßen Erscheinungen ausgeht, zu berücksichtigen; wirtschaftliche Interessen einzelner Personen oder Berufsgruppen müssen in der gegenwärtigen Notlage in den Hintergrund treten.

Die Frage, ob die Gestaltung der gesetzlich vorgezeichneten Getreideumlage mit den veränderten Preis- und Geldverhältnissen noch im Einklang steht, wird bereits von den zuständigen Reichsbehörden geprüft. Der Ausschuss hat daher von einer Beschlussfassung über diese wichtige Frage Abstand genommen.

Handelspolitische Maßnahmen.

Wie der innere Verbrauch, so ist auch der Ein- und Ausfuhrhandel unter den Umständen zu stellen, daß aller entbehrliche Konsum zu verhindern ist. Der Ausschuss betont mit allem Nachdruck, daß diese Maßnahmen ihre besondere Bedeutung darin haben, daß auch sie über die Beeinträchtigung unserer Handels- und Zahlungsbilanz hinaus auf die geistige Ephemere unseres Volkes wirken, und hält es für unbedingt geboten, die Zoll- und Außenhandelspolitik des Reiches diesem Gebot zu machen.

Finanzpolitische Maßnahmen.

Von der Steuergebarung ist größere Einfachheit und Uebersichtlichkeit zu verlangen. Sie ist außerdem von der toten Last der übertriebenen Verwaltungsausgaben zu befreien. Die Verbrauchssteuergebarung ist so zu gestalten, daß sie sich automatisch den durch die Bewegungen des Geldwertes verursachten Veränderungen anpaßt. Absolute Steuerhöhen, wie bei der Biersteuer, sind in relative (nach Prozentsätzen berechnet) Steuerhöhen umzuwandeln. Die Besteuerung der Spekulationsgewinne beim Valutageschäft hat nach dem höchsten durchführbaren Maße zu erfolgen.

Der Ausschuss weist ferner darauf hin, daß gleichzeitig die größte Sparamkeit im Staatshaushalt, die Hebung unproduktiver Kräfte zu produktiver Arbeitsleistung und die Befreiung des Besitzes in den Staatsbetrieben erreicht werden muß.

Soweit die durch die Zerrüttung unserer Währung in greifbare Nähe gerückte Kreditnot besondere Hilfe erforderlich erscheinen läßt, ist in erster Linie auf Selbsthilfemaßnahmen der in Frage kommenden Wirtschaftskreise hinzuwirken, die vielfach imstande sein werden, durch Zusammenlegung vorhandener Mittel und Kräfte die Schwierigkeiten zu überwinden, die von der Kreditnot befristet werden.

Produktionstechnische Maßnahmen.

Alle handels-, finanz- und währungsrechtlichen Maßnahmen zur Aufhebung des Währungsverfalls müssen wirkungslos bleiben, wenn sie nicht von energischer Anstrengungen begleitet werden, den Kern des Übels, soweit dieses innerwirtschaftlicher Natur ist, zu beseitigen; den allzu geringen Betrag der deutschen Produktion auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens.

Der Ausschuss hält es nicht für erforderlich, den Produktionsausfall auf Einzelgebieten der Wirtschaft zu beschränken und Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, die hier Abhilfe bewirken sollen.

Kein Verbot und kein Preisinteresse, kein politischer und kein wirtschaftlicher Glaubenssatz darf uns höher stehen als die Notwendigkeit, durch erhöhte Arbeitsleistungen Zeit und Heimat vor dem Versinken in Elend, Untat und Verfluchung zu retten.

Der Ausschuss fordert alle Beteiligten, Regierung und Parteien, Unternehmer und Arbeiter, Industrielle, Gewerbetreibende, Landwirte, Handelsangehörige, Beamte und Angehörige freier Berufe auf, in dieser Stimmung an die Lösung der Aufgabe, den Produktionsverfall der deutschen Wirtschaft zu erhöhen, heranzutreten.

Der Zeitungstod.

Das im 80. Jahrgang erscheinende „Cuxhavener Tageblatt“ sieht sich infolge der Verhältnisse im Zeitungsgewerbe gezwungen, mit dem 1. September sein Erscheinen einzustellen.

Die seit vierzig Jahren bestehende, von Ludwig Schumann herausgegebene „Leipziger Gerichtszeitung“ hat wegen der außerordentlichen Herstellungskosten am gestrigen Mittwoch ihr Erscheinen eingestellt.

Keine Abendblätter mehr in Dresden. Sämtliche Verleger der Dresdener Tageszeitungen haben sich infolge der ungeheuren Papierverteuerungen vor die Tatsache gestellt, ab 1. September die Zeitung nur noch einmal am Tage erscheinen zu lassen. Trotz dieser Einschränkung müssen die Bezugspreise wesentlich erhöht werden. — Unser Parteiblatt in Dresden erschien immer nur einmal täglich. —

Gewerkschaftsbewegung

Eine weittragende Entscheidung.

Die Entscheidung, die heute die Berliner Metallarbeiter zu offen haben, ist von großer Tragweite. Es ist bekannt, daß die Unternehmer der ganzen Welt eine Generaloffensive gegen den Achtstundentag unternommen haben. Bevor der Achtstundentag selbst beseitigt werden kann, müssen die bestehenden kürzeren Arbeitszeiten aufgehoben werden. Und deshalb die Kämpfe in der Textilindustrie, im Buchbindergewerbe, in der süddeutschen Metallindustrie usw. Wenn zu der 48-Stunden-Woche noch die Ueberstunden kommen, dann ist der formell noch bestehende Achtstundentag praktisch beseitigt.

Nun kann man sich fragen, warum die Unternehmer mit einer solchen Verbissenheit auf die Verlängerung der Arbeitszeit bestehen?

Die Antwort darauf ist nicht schwierig zu finden. Je länger die Arbeitszeit ist, desto höhere Ansprüche werden an die technische Vervollkommnung eines Betriebes gestellt. Will der Unternehmer bei einer kurzen Arbeitszeit seine Profite rate erhöhen, dann kann er es nur durch eine technische Vervollkommnung des Betriebes, durch die Ausschaltung jeder Kraft-, Zeit- und Materialverschwendung tun. Das erfordert von der Betriebsleitung eine erhöhte Leistungsfähigkeit, von den Arbeitern freiwillige und freudige Mitarbeit bei der Rationalisierung des Betriebes. Diese Mitarbeit ist nur zu bekommen, wenn dem Arbeiter ein breites Mitspracherecht eingeräumt wird und wenn er durch ausreichende Löhne ein Interesse an der Hebung der Leistungsfähigkeit des Betriebes bekommt.

Man sieht also, wohin die längere Arbeitszeit führt. Wachsende Anforderungen an die Fähigkeit der Betriebsleitung, Investierung von größeren Kapitalien für Betriebsverbesserungen, Aufgabe des Alleinbestimmungsrechts der Betriebsleitung und

dauernde Beschneidung der Profite rate.

Je länger die Arbeitszeit ist, desto bequemer ist die Betriebsführung. Die mangelnde Qualität der Betriebsleitung wird eben ausgeglichen durch die Quantität der Arbeitsleistung. Je größer die Verschwendung an Kraft, Zeit und Material durch eine rückständige Betriebsleitung ist, desto mehr müssen die Arbeiter dafür durch Verlängerung der Arbeitszeit und natürlich durch Beschneidung der Löhne herhalten. Je länger die Arbeitszeit, desto niedriger die Löhne. Das Existenzminimum — und heute rechnen wir ja nur noch mit einem Existenzminimum — wird nicht auf Grund des Stundenlohnes, sondern auf Grund des Einkommens errechnet; ganz gleich, ob die effektive Arbeitszeit 45 oder 55 Stunden beträgt.

Es ist hier höchst überflüssig, den Nachweis zu erbringen, daß die Unternehmer eine falsche Rechnung aufstellen. Daß sie durch die Verlängerung der Arbeitszeit immer mehr konkurrenzunfähig gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten werden. In diesem Punkte ist der Schiedspruch besonders verfehlt. Aber wozu freiwillig Tauben predigen? Die Unternehmer wollen einfach nicht, daß der Arbeiter ein Mitspracherecht hat. Sie sagen sich hier mit Recht: der Appetit kommt beim Essen. Und deshalb werden sie bereit sein, momentan in eine scheinbar hohe — in Wirklichkeit durchaus noch unzureichende — Lohnhöhung einzuwilligen, um sich für die Dauer die kürzere Arbeitszeit und die damit verbundenen höheren Löhne und größeren Rechte der Arbeiter vom Hals zu schaffen.

Und deshalb ist die Entscheidung, die die Berliner Metallarbeiter heute zu treffen haben, von grundlegender und weittragender Bedeutung.

Am 30. August nahm eine stark besuchte Funktionärerversammlung derjenigen Betriebe, welche nicht dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind, zu dem am 28. August getätigten Schiedspruch Stellung. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich gegen eine Annahme dieses Schiedspruches aus.

Es wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die Berliner Arbeiterschaft den Angriff auf den Achtstundentag mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren habe.

Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Funktionäre der Metallarbeiter, welche dem BMMV nicht angehören, machen den Metallarbeitern in den BMMV-Betrieben zur Pflicht, dem Schiedspruch ein „Unannehmbar“ entgegenzustellen. Obige verpflichten sich, in jeder Weise die Kollegen zu unterstützen.“

Städtische Lohnverhandlungen.

Der Magistrat teilt mit:
Das Lohnartell hat in den Verhandlungen am 31. August 1922 die vom Magistrat beschlossene Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter für August angenommen und gleichzeitig die Gewährung eines weiteren Vorstufes auf die Erhöhung der Löhne für September beantragt. Ueber eine Erhöhung der Löhne für September bzw. Vorkaufsgewährung soll am Mittwoch nächster Woche weiter verhandelt werden.

Gegen wilde Streiks.

Der Reichslandbund hat an den Preussischen Minister des Innern Forderungen eingereicht des Inhalts:

1. Die Landräte zu einer Bekanntmachung in den Zeitungen zu veranlassen, in welcher vor wilden Streiks gewarnt wird.
2. Alle Vorbereitungen zu treffen, um den sofortigen Einsatz der Technischen Nothilfe bei Ausbruch von wilden Streiks zur Durchführung der Ernte und sonstigen Nothstandsarbeiten zu sichern.

Zur Begründung wird unter andern gesagt:
Die allgemeine Preissteigerung hat naturgemäß auch in der Landwirtschaft zu zahlreichen Lohnbewegungen geführt. Diese werden von unverantwortlichen Elementen dazu benutzt, die Landwirtschaft zur Nichtbeachtung der Beschlüsse der Tarifämter und sonstigen Schiedsstellen aufzureizen.

Grundsätzlich erkennt damit der Reichslandbund den Segen der Tarifämter, der Tarife und der Schlichtungsstellen an. Er verschweigt allerdings die Tatsache, daß er alle diese Einrichtungen planmäßig sabotiert und damit „wilde“ Streiks herausfordert. Der Reichslandbund vergißt auch noch anzugeben, was er unter wilden Streiks verstanden wissen will. Die im Reichslandbund organisierten Unternehmer lehnen regelmäßig die von den Gewerkschaften eingebrachten Forderungen ab, ebenso die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse. Vielfach stellen sie Gegenforderungen, die eine unwürdige Zumutung für die Gewerkschaft sind. Wenn unter diesen Umständen, nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten durch den von den Grundbesitzern eingenommenen Herrenstandpunkt zerfallen worden sind, die Arbeiter in den Streik treten, soll das auch dann als wilder Streik gelten?

Der Preussische Minister des Innern wird sich die Antwort auf die Forderungen des Reichslandbundes sehr überlegen müssen, wenn er sie einer Antwort würdigt.

Wie das Betriebsrätegesetz gehandhabt wird.

Dem Deutschen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Dem größten Teil der Berliner Arbeiterschaft wird noch das rigore Verhalten der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken vor dem Kriege in Erinnerung sein. Jedem Arbeiter, der sich während des Krieges nicht stillschweigend den Maßnahmen der Firma fügte, drohte der Schützengraben. Das trat namentlich in Erscheinung, wenn sich ein Arbeiter gegen die Verteilung nationalistischer Flugblätter und Aufrufe wandte. Ganz besonders hatte es auch die Firma auf die Gewerkschaftsfunktionäre abgesehen. Aber auch sonst wurde der Name der Firma öfters erwähnt und zwar infolge der enormen Gewinne während des Krieges.

Wenn nun die Arbeiterschaft glaubte, daß sich nach der Revolution bei dieser Firma grundlegend etwas geändert hat, so irrte sie. Nur in den ersten Wochen nach dem 9. November, als die Herren der Direktion unter Hissung einer roten Fahne in ihrem Auto zum Betrieb kamen, waren sie geneigt, mit der Arbeiterschaft und ihrer Vertretung loyal zu verfahren. Nachdem nun aber der Novembersturm vorüber war, beannen sich die Herren auf ihre Vergangenheit. Die von der Arbeiterschaft gewählten Vertreter stiegen auf das Pflaster. Dabei blieb es auch, als das Betriebsrätegesetz in Kraft getreten war. Denn trotzdem es um Schutze der Arbeiter besondere Bestimmungen vorsieht, richtete sich die Direktion nicht danach. Sie erließ damit sogar vor dem Schlichtungsausschuss Schiffbruch, als sie zwei Angestelltenmitglieder freilos entließ.

Ein Strafantrag seitens des Betriebsrats auf Grund des § 99 des Betriebsrätegesetzes hatte für die Firma keine nachteiligen Folgen, da die Berufungsinstanz aus dem Grunde die Firma freisprach, weil ihr das „Bewußtsein“ einer strafbaren Handlung gefehlt habe und sie von ihrem juristischen Beirat falsch unterrichtet worden war. Der Verbruch juristischer Beiräte ist bei dieser Firma enorm. Nachdem nun das Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat in Kraft trat, war die Firma um so mehr bemüht, da sie anscheinend niemand in die internen Angelegenheiten der Fabriken hineinsehen lassen wollte, unter allen Umständen unbenutzte Betriebsratsmitglieder zu entfernen.

Schon als die Vorbereitungen für diese Wahlen getroffen wurden, setzte der offene Kampf ein. Zunächst wurde durch den Betriebsolmann der Hauptverwaltung, der nur 16 obere Beamte vertritt, versucht, die Wahlleitung an sich zu reißen. Als die Betriebsräte der Arbeiterschaft dieses ablehnten, erhab dieser obere Beamtenvertreter Beschwerde beim Arbeitsministerium und dem zu-

ständigen Reichswirtschaftsrat. Als nun trotzdem die Wahl vollzogen war, wurde unter nichtigen Vorwänden der gewählte Vertreter entlassen. Einige Wochen später, unter gleichen fadenscheinigen Gründen, auch der Vertreter der Arbeiterschaft. Ihm folgte 14 Tage später der Erschmann, so daß nunmehr, wo der Aufsichtsrat bald zusammentreten mußte, außer dem Erschmann, der in Karlsruhe gewählt wurde, die Firma es fertig brachte, sämtliche gewählte Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat zu beseitigen.

Nachricht der Redaktion: Das hier geschilderte Verfahren der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ist eine flagranter Verletzung des Betriebsrätegesetzes. Mitglieder des Betriebsrates können nur mit Zustimmung des Betriebsrates (§ 96 B.R.G.) entlassen werden. Wir nehmen an, daß gegen dieses ungesetzliche Vorgehen die gerichtliche Klage erhoben worden ist.

„Hungerlöhne in der Metallindustrie.“

In der Mittwoch-Morgenausgabe des „Vorwärts“ (Nr. 405) gab ein Mitarbeiter des Ottoverwaltungen Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes wieder, die besagt, daß die Arbeiter der Dürkopp-Werke in Berlin-Reinickendorf, verlängerte Koloniestr. 1/2, seit 23. August im Streik stehen, da die Firma noch Löhne von 30 bis 33 M. pro Stunde zahlt.

Unter Drohung mit „strafrechtlichem Vorgehen“ sendet uns die Dürkopp-Werke-Aktiengesellschaft Bielefeld, Zweigverein Berlin-Reinickendorf, eine Berichtigung, die in ihrem Tone ebensowenig den Anstandsgriffen entspricht als in ihrer Art und ihrem Umfang den gesetzlichen Bestimmungen. Der Aufsicht entnehmen wir folgende Stelle:

„Der Akfordlohn für Dreher, Maschinenarbeiter und Schlosser betrug vor Beginn des Streiks bei uns bei Vollarbeitern in der 1. Klasse 42 M. pro Stunde. Wir zahlten an Dreher und Maschinenarbeiter 44 M. und darüber pro Stunde und an Schlosser 42 bis 44 M. pro Stunde. Ferner haben wir diejenigen Hilfsarbeiter bei uns, die in die 5. Entlohnungsklasse hineingehören, in die höhere 4. gebracht und den ihnen tariflich zustehenden Lohn damit von 30 M. auf 30,65 M. pro Stunde erhöht.“

Im „Vorwärts“ stand: die Firma zahlt noch Löhne von 30 bis 33 M. pro Stunde.

Die Firma „berichtigt“, daß sie noch Löhne von 30 bis 30,65 M. pro Stunde zahlt.

Ob das Hungerlöhne sind oder nicht, überlassen wir der Beurteilung unserer Leser.

Achtung, Banarbeiter! Der Streik in der Berliner Parfett-Industrie ist beendet. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Der Streik in der A.G. Porzellanfabrik von Hennigsdorf ist beigelegt.

Neue Landarbeiterbewegungen werden aus den verschiedensten Stellen des Reiches gemeldet. Auf der Insel Fehmarn hat der wilde Streik der nichtständigen Landarbeiter eine solche Ausdehnung erfahren, daß die Zahl der eingeleiteten Nothelfer von 150 auf 500 Köpfe vergrößert wurde.

Im Freistaat Sachsen haben die Landarbeiterstreiks in der Gegend von Bautzen und Löbau weiter um sich gegriffen. In der Gegend von Pirna haben die Landarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Eine neue Bewegung macht sich vor allem jetzt in Niederschlesien geltend, wo es auf einzelnen Gütern zu Teilausständen gekommen ist.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Heute abend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Angelufer 24-25, Saal 1, allgemeine Funktionärerversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.

Zentralverband der Schuhmacher. Heute abend 6 Uhr bei Witt, Sebastianstraße 90, Brandenburgerstraße der Friedrichshagenischen Schuhmacher.

Deutscher Werkmeister-Verband. Sämtliche Betriebs- und Vertrauensleute sowie Funktionäre der Hochgruppe Metallindustrie haben Sonnabend nachmittags 5 Uhr im Klubhaus Dönhofsche Versammlung. Tagesordnung: „Beweis in der Metallindustrie“.

Verband der Fabrikarbeiter, Ottoverwaltung Groß-Berlin. Leitung, Funktionäre des chemischen Industrieal Montags abend 8 Uhr im Vereinslokal „Königsplatz“, Große Frankfurter Str. 117, Funktionärskonferenz der chemischen Industrie. Tagesordnung: „Bericht von der Lohnverhandlung“. Ohne Mitgliedsbuch und Funktionärkarte kein Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

W. S. M. 1. Schneider- oder Textilarbeiterverband. 2. Erscheint nach 3. Von 3-6 nachmittags. Sonntags bis 5 Uhr.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Stierza 1. Seilage.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
besize Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gortraudenstraße 20-21.

Massary.
Delft
edel wie
der Name



Fritzi
Massary
eine Zigarette
von Rang

Urteilen Sie selbst!